WWW.DIEWIRTSCHAFT-KOELN.DE | AUSGABE 02.22

DIE WIRTSCHAFT

DAS WIRTSCHAFTS-MAGAZIN FÜR KÖLN UND DIE REGION

SINNLOS, GRAUENHAFT

Krieg in der Ukraine

UNFAIRE UNGLEICHHEIT

Frauen bei Gehalt benachteiligt

GESTÖRTER GLOBALER HANDEL

Lieferketten weiter nicht im Takt

Illustration: Neelrong - stock.adobe.com

I/D Cologne

work. live. connect.

I/D Cologne: Das smarte Gewerbequartier, das neue Arbeits- und Lebensqualität schafft

EIN PROJEKT *von*

OSMAB Holding AG

ART INVEST REAL ESTATE

www.i-d.cologne

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Guido Ostrowski ist seit jeher der FC-Reporter bei Radio Köln. Ein Tor lässt ihn ausflippen, die 90 Minuten sind für ihn sicherlich genauso anstrengend wie für die Spieler. Und dass die Geißböcke in dieser Saison mit dem Abstieg nichts mehr zu tun haben, sondern im Gegenteil jetzt unbeschwert aufspielen können und nach höheren Zielen schielen, ist nicht zuletzt sein Verdienst – möchte man fast sagen. Aber es gibt auch den anderen Guido Ostrowski, der regelmäßig im Radio die Hörer auf die leisere Art mit der guten Minute mitnimmt. Dem wollen wir uns heute mal anschließen und rücken für Sie auf diesen zwei Drittel guten Seiten das Schöne an Köln in den Fokus.

Äußerst kreativ zeigt sich das Kölnische Stadtmuseum mit der Wiedereröffnung im ehemaligen Modehaus Franz Sauer. Das Museum stellt sich mit dem Umzug vom Zeughaus mit ungewöhnlichen Formaten und auffälligem Design komplett neu auf. Ein Pop-up-Event findet bis 15. Mai in einer Bar mit Club-Atmosphäre statt. Konzerte, DJ-Sets, Gin-Tastings und Lesungen sind ebenso Teil der Bar wie eine Fotoausstellung, die die glamouröse Vergangenheit des ehrwürdigen Hauses lebendig werden lässt und einen exklusiven Einblick in den Umbau zum modernen Museum gibt.

Apropos Pop-up: In der LANXESSarena darf wieder vor vollem Haus gespielt werden, zahlreiche Künstler holen verschobene Auftritte nach und geben sich die Klinke in die Hand. Freuen Sie sich in den kommenden Wochen also auf Gigs von Marianne Rosenberg, Brings, Howard Carpendale, a-ha, Udo Lindenberg, Celine Dion und Billie Eilish. Zeit, mal wieder aus dem Henkelmännchen musikalische Leckerbissen zu kosten.

„Per pedes apostolorum“ – übersetzt also „zu Fuß wie die Apostel“ ist ein geflügeltes Wort. Wobei man in der Autostadt Köln eher an die Abwandlung „Per Mercedes apostolorum“ denken könnte. So viele Autobauer haben in oder um Köln ihre Hauptquartiere, so viele Autos wie nie sind in der Domstadt angemeldet. Jetzt stehen aber endlich mal die Fußgänger im Fokus. Denn Köln hat mit Nico Rathmann erstmals einen Fußverkehrsbeauftragten. Seine Aufgaben: die Erstellung von Teilkonzepten zur Fußverkehrsförderung, die Durchführung von Fußverkehrs-Checks in den Stadtvierteln und für freie, unverstellte sowie ausreichend dimensionierte Trottoirs zu sorgen. Auf einen Dienstwagen hat er wohl keinen Anspruch. Aber vielleicht stellt die Stadt ihm ja ein paar solide Dienstschuhe zur Verfügung.

Einer, der große Fußabdrücke hinterlässt, ist kein Geringerer als Bernhard Paul. Sein Circus Roncalli gastiert in den kommenden Wochen endlich wieder auf dem Neumarkt. Im Gespräch mit Paul, der im Mai 75 Jahre alt wird, standen der plastikfreie Betrieb, Klimaneutralität und der tierfreie Zirkus im Vordergrund. Und Clown Zippo? Kann sein, dass der unter der Zirkuskuppel die Besucher gelegentlich bespaßt. In übergroßen Clownsschuhen – was noch größere Fußtritte hinterlässt.

Gönnen Sie sich ein paar gute Minuten. Oder Stunden.

Herzlichst

Eugen Weis, Herausgeber

IMMER UP TO DATE

www.diewirtschaft-koeln.de

XING Marketing zur Kundengewinnung!

- Professionelle XING-Profile & XING-Portfolios
- Individuelle XING-Marketingpläne
- Business Events mit Wirkung
- Kunden gewinnen online & offline

Der Ansprechpartner für Kundengewinnung und Reichweite:

MÜLLER CONSULT
... macht's möglich!

Sophienstraße 3 - 51149 Köln
Tel.: 02203-97724-60
Email: m.mueller@muellerconsult.com

www.muellerconsult.com

HIGHLIGHTS DIESER AUSGABE

Foto: Tomas Ragina - stock.adobe.com

KRIEG IN DER UKRAINE

Auswirkungen für ganz Europa

.....ab Seite 06

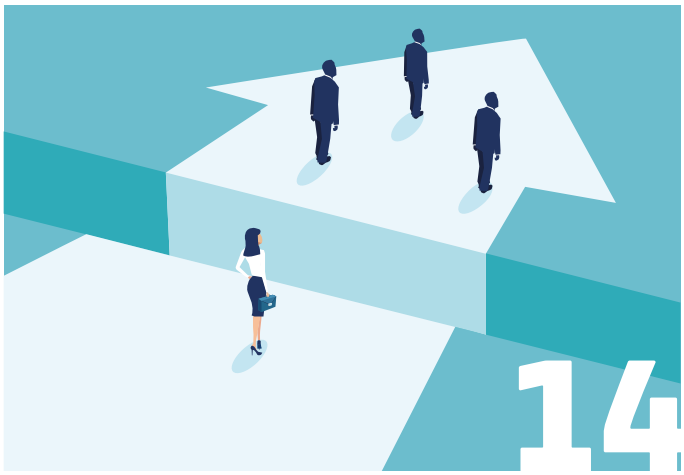


Foto: Feodora - stock.adobe.com

UNFAIRE VERHÄLTNISSE

Frauen bei Gehalt klar benachteiligt

.....ab Seite 14

Foto: ZAPP-ZIMMERMANN GmbH

BRANDSCHUTZ

Im Gespräch: Anke Eickhoff

.....ab Seite 16

IMPRESSUM

Verlag und Herausgeber:
Weis Wirtschaftsmedien GmbH
Eugen Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon 0221.4743924
info@diewirtschaft-koeln.de
www.diewirtschaft-koeln.de

Objekt- und Anzeigenleitung:
Alex Weis
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Telefon: 0221.4743924
anzeigen@diewirtschaft-koeln.de

Redaktionsleitung:
Matthias Ehlert (ViSdP)
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
redaktion@diewirtschaft-koeln.de

Redaktion:
Matthias Ehlert *(me)*, Heribert Eiden *(he)*, Monika Eiden *(mei)*, Christian Esser (ce), Jana Leckel (jl), Astrid Waligura *(aw)*, Eugen Weis *(ew)*

Jahrgang: 7, Heft 2/2022

Auflage: 17.000 Exemplare

Fotos: stock.adobe.com, Alex Weis, Envato, sowie Kunden und privat

Druck: Druckhaus DOC
Zeißstr. 23-27, 50171 Kerpen
Telefon: 02237.9757011

Gestaltung / Layout:
amannDESIGN
Humboldtstr. 60, 51379 Leverkusen
Telefon 02171.7053860
www.amanndesign.de

© Weis Wirtschaftsmedien GmbH 2022 - Nachdruck und Vervielfältigungen jeglicher Art, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages. Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT / oder beim Verlag bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Es gelten unsere AGBs. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln. Unser Verlag wird beraten und rechtlich vertreten durch: Rechtsanwälte Stiletto Wilhelm & Kollegen.

Foto: brainwashed4you / khaled-stock.adobe.com

LIEFERKETTEN

Pandemiefolgen für Handel

..... ab Seite 24

Foto: Circus-Theater Roncalli

CIRCUS-THEATER RONCALLI

Nachhaltig auf Tour

..... ab Seite 28

Foto: Frank Überall

SO, KÖLN!

Umgang mit Corona

..... ab Seite 34

WEITERE THEMEN:

Immobilienpreise S.18
Regionaler Tourismus ..... S. 20
Koelnmesse ..... S. 21
Kölns Kulturschätze ..... S. 22
Energiepreisschock ..... S. 23
... und vieles mehr ...

IMMER UP TO DATE

www.diewirtschaft-koeln.de

Hinweise: Es gilt die Anzeigenpreisliste aus November 2021. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Falle die Meinung des Herausgebers wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernimmt DIE WIRTSCHAFT keine Haftung. Für fehlerhafte oder unterbliebene Angaben übernehmen wir keine Gewähr.
Bei Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.
Es gelten unsere AGBs.

Copyright/ Urheberrecht: Nachdruck und Vervielfältigung, auch auszugsweise, nur mit schriftlicher Genehmigung von Weis Wirtschaftsmedien GmbH.
Alle Urheberrechte liegen bei DIE WIRTSCHAFT bzw. den Autoren. Auch Werbeschaltungen sind urheberrechtlich geschützt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Datenschutz/Disclaimer: Sie finden in unserer Print-Ausgabe an verschiedenen Stellen sogenannte QR-Codes. Diese ermöglichen Ihnen mit einer App für das Smartphone oder Tablet diese einzuscannen. Daraufhin werden Sie bequem direkt zu dem jeweiligen Online-Angebot weitergeleitet. Auf unserem Internetangebot finden Sie bspw. weiterführende Infos oder können direkt an Gewinnspielen teilnehmen. Dabei erheben wir Analysedaten für statistische Zwecke und zur Verbesserung unseres Angebots, die wir bspw. durch anonymisiertes Tracking erfassen. Es werden dabei keinerlei persönliche Daten erfasst oder an Dritte weitergegeben.
Weitere Informationen und die Möglichkeiten diese Datenerhebung zu unterbinden finden Sie online in unserer Datenschutzerklärung unter: www.diewirtschaft-koeln.de/datenschutzerklaerung
Zudem können Sie direkt auf Links klicken, die sich in unserer Ausgabe befinden (z.B. im E-Paper oder der PDF-Version). Der Verlag übernimmt dabei keine Haftung für etwaige Fehler oder Irrtümer und wir weisen daraufhin, dass allein die jeweiligen Seitenbetreiber für die Inhalte verantwortlich sind.

Stand April 2022

Bei **AMP**, **Local Based Services**, **Responsive-Design** oder **DSGVO** stehen Sie auf dem Schlauch?

KEIN PROBLEM!

SEARCH ENGINE OPTIMIZATION (SEO)
WEBSITE-BUILDING
SOCIAL MEDIA BETREUUNG
MARKETING
DSGVO-BERATUNG
E-COMMERCE
SEARCH ENGINE MARKETING (SEM)
MOBILE APPS

Ob lokaler Dienstleister, KMU, Start-up oder Großprojekt: Mit über 10 Jahren Erfahrung in der digitalen Welt, helfen wir auch Ihnen beim erfolgreichen Auf- oder Ausbau Ihrer Online-Präsenzen.

CityNEWS

CityNEWS Verlag
Hahnenstr. 12, 50667 Köln
Tel.: 0221 - 47 43 923
info@citynews-koeln.de

AUFGEWACHT IN EINER NEUEN WELT

Russland greift die Ukraine an – mit Auswirkungen auf ganz Europa

Foto: Tomas Ragina - stock.adobe.com

Seit Wochen tobt der Krieg in der Ukraine

Eigentlich wollten in der Domstadt viele Menschen endlich wieder den Altweiberdonnerstag und Karneval feiern, als sich in den frühen Morgenstunden die Nachrichten überschlagen. Russland führt Krieg gegen die Ukraine. Von mehreren Seiten rücken Truppen, Panzer und Militärkonvois vor und entfachen diesen bewaffneten Konflikt, der uns seither in Atem hält.

Obwohl Deutschland und die EU nicht an diesem Krieg direkt beteiligt sind, spüren wir die Auswirkungen seither deutlich. Millionen Kriegsflüchtlinge sind seit Kriegsbeginn insbesondere nach Polen und in weitere Staaten geflüchtet, Sanktionen gegen Moskau zeigen erste massive Auswirkungen für die Wirtschaft und die schon bereits hohen Energie- und Kraftstoffpreise schossen noch einmal kräftig in die Höhe. Bevor es darum gehen soll, wird nun erklärt, wie es zu dieser traurigen neuen Welt kommen konnte, in der wir wach geworden sind und in der wir nun leben.

Wie kam es zu diesem Krieg?

Um diesen bewaffneten Konflikt verstehen zu können, ist eine Zeitreise zurück in die 1990er-Jahre notwendig. Im Dezember 1991 gibt es in der Ukraine ein Referendum über die Unabhängigkeit von Russland. Dies passiert in der Zeit, als die damalige Sowjetunion (UdSSR) in zahlreiche Länder zerfällt, eines davon ist die Ukraine. Im Dezember 1994 wird das Budapester Memorandum unterzeichnet, damit wird die Unabhängigkeit der Ukraine international anerkannt. Dann geschieht erst einmal über lange Zeit nichts. Erst im Jahr 2004 gibt es wieder Unruhen in der Ukraine. Auslöser ist eine Präsidentschaftswahl, bei der sich die unterschiedlichen Seiten gegenseitig Wahlfälschung vorwerfen. Es kommt zu Protesten, zur „orangenen Revolution“. Es handelt sich um friedliche Proteste ohne Todesopfer in diesem Zusammenhang. Anschließend kehrt wieder Ruhe ein. Im Januar 2010 gibt es in der Ukraine wieder Präsidentschaftswahlen, bei denen der prorussische Wiktor Janukowitsch gewinnt. Nun lohnt sich ein Blick nach Russland. Wladimir Putin hält dort 2011 ein Verfassungsreferendum ab, bei dem seine Macht gestärkt wird. Im Anschluss kommt es in Moskau und vielen anderen Städten Russlands zu heftigen Protesten. Viele Experten sind sich einig, dass es dadurch zu einem Bruch im Politikstil Putins kam, der fortan einen deutlich aggressiveren Regierungsstil prägt und „den Westen“ immer deutlicher zum Feind macht. Die Proteste innerhalb Russlands werden teils brutal niedergeschlagen. Im November 2013 wird erneut in der Ukraine eine Protestwelle entfacht, die „Euromaidan“-Revolution. Die Ukrainer, die auf die Straße gehen, fordern unter anderem einen Beitritt des Landes zur Europäischen Union. Es kommt zu brutalen und blutigen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Einsatzkräften im Herzen Kiews. Mehr als 100 Demonstrierende sterben. Janukowitsch flieht infolge der Proteste und wird daraufhin als Präsident des Landes abgesetzt. Kurz darauf nutzt Putin das Machtvakuum und annektiert im März 2014 völkerrechtswidrig die Halbinsel Krim, gleichzeitig beginnt ein bewaffneter Konflikt zwischen prorussischen Separatisten und Ukrainern im Osten des Landes. Mithilfe des Minsker Abkommens wird zwar in den Separatistengebieten in der Ostukraine eine Waffenruhe vereinbart, diese wird jedoch nur selten eingehalten.

2017 nähert sich das ukrainische Parlament deutlich der EU und dem Westen an, indem man sich auf eine Nato-Mitgliedschaft als außenpolitisches Ziel verständigt. Im Mai 2019 wird Wolodymyr Selenskyj zum sechsten Präsidenten der Ukraine gewählt. Diese Wahl gilt als Zeichen der Unzufriedenheit mit den bisherigen politischen Eliten. Selenskyj, der bis dahin als Komiker und Schauspieler erfolgreich war, gewinnt die Wahl trotz dürftiger politischer Agenda und kaum vorhandener politischer Erfahrung. Bereits zum Ende des Jahres 2021 stockt Moskau seine Truppen entlang der ukrainischen Grenze deutlich auf und initiiert so eine immer stärker anwachsende Drohkulisse. Bereits vor einem halben Jahr kündigt sich dieser bewaffnete Konflikt zunehmend an. Bereits während der Olympischen Winterspiele in Peking gehen die USA davon aus, dass innerhalb weniger Tage Russland eine Invasion auf den Weg bringen könnte. Am 21. Februar 2022 eskaliert die Situation bereits dramatisch, als Russland die von der Ukraine abtrünnigen Volksrepubliken Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten anerkennt, tags darauf verhängen die USA, die EU und weitere Verbündete erste Strafmaßnahmen und Sanktionen gegen

Foto: Achim Wagner - stock.adobe.com

Das Brandenburger Tor erstrahlt in den Farben der Ukraine

Russland. Am 23. Februar erklärt Russland der Ukraine den Krieg. In der Nacht zum 24. Februar ruft Selenskyj den Kriegszustand aus. Bundesaußenministerin Annalena Baerbock erklärte an diesem Morgen: „Wir alle sind heute Morgen in einer anderen Welt aufgewacht und wir erleben heute einen schwarzen Tag.“ Sie fügte hinzu: „Mit seinem brutalen und völlig unprovozierten militärischen Angriff auf die Ukraine bricht die russische Regierung vor den Augen der Welt mit den elementarsten Regeln der internationalen Ordnung.“

Was man glauben kann und was nicht?

Kaum zu glauben ist die Argumentation, mit der Putin diesen Krieg entfacht hat. Seit Jahren baute Putins Propaganda das Bild einer „Nazi-Ukraine“ auf. Er sprach von einem angeblichen Völkermord, der im Donbass, im Osten der Ukraine, stattfinden würde. Mit seiner „Spezialoperation“ sei das Ziel einer „Entnazifizierung“ der Ukraine verbunden. Auf diese Begründung gegenüber einem Land, in dem rechte Parteien kaum Wahlerfolge erzielen und dessen Präsident jüdischen Glaubens und russischsprachig ist, muss man erst einmal kommen. Selenskyj wandte sich in einer seiner vielen Ansprachen seit Kriegsbeginn auch immer wieder direkt an die Bürger Russlands in seiner Muttersprache Russisch: „Man sagt Ihnen, wir seien Nazis. Aber kann ein Volk, das mehr als acht Millionen Menschen im Kampf gegen den Nationalsozialismus verloren hat, den Nationalsozialismus unterstützen?“ Selenskyj legt danach eine kurze Pause ein und fragt dann: „Wie kann ich ein Nazi sein? Erklären Sie das mal meinem Großvater, der den ganzen Krieg in der Infanterie der sowjetischen Armee mitgekämpft hat und als Oberst in einer unabhängigen Ukraine gestorben ist.“ Nur stoßen seine Worte in Russland selbst auf wenig Widerhall, auch weil sie dort wohl nur bei wenigen ankommen werden. Soziale Netzwerke sind in Russland quasi nicht mehr verfügbar. Von der russischen Regierung kontrollierte Medien sagen nur das, was Putin ihnen in den Mund legt.

Insbesondere medial grenzt sich dieser Krieg von anderen in der Vergangenheit ab. Nie zuvor war es möglich, so viele unterschiedliche Bilder und Meldungen über diverse Kanäle zu erhalten. Es sind furchtbare Aufnahmen, wie etwa die der Attacke auf ein Krankenhaus in Mariupol, in dem Mütter ihre Kinder auf die Welt bringen – es sind aber auch berührende Szenen eines Pianisten, der unaufhörlich gegen die Sirenen, die vor Angriffen warnen, anspielt und so den Menschen ein kleines Stückchen Hoffnung schenkt. Doch was soll man glauben? Welche Bilder sind echt? Welche Meldungen stimmen? Verfolgt man das Geschehen bspw. auf dem Nachrichtendienst Telegram, könnte man den Eindruck erhalten, als würden beide Seiten unmittelbar vor dem entscheidenden Schlag stehen, um diesen Krieg erfolgreich für sich zu beenden. Wie die diversen Nachrichten einzuschätzen sind, beschreibt der Journalismus-Professor und Bundesvorsitzende des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV), Frank Überall, so: „Im Krieg stirbt die Wahrheit zuerst. Gerade deshalb ist es besonders wichtig und besonders aufwendig, die Wahrheit von Propaganda und Lügen zu unterscheiden. Soziale Netzwerke fluten uns mit allem Möglichen, darunter auch seriöse Nachrichten, aber auch vieles, was wenig glaubwürdig ist. Journalistinnen und Journalisten haben die Aufgabe, Wahres von Unwahrem zu unterscheiden und für das Publikum aufzubereiten. In Kriegszeiten ist das besonders herausfordernd: Quellen zu prüfen ist in einer unübersichtlichen Lage äußerst schwierig, die Arbeit vor Ort ist im Wortsinn lebensgefährlich. Gleichzeitig sieht sich unser Berufsstand verbalen und gewalttätigen Angriffen – nicht nur bei Demonstrationen – auch in Deutschland ausgesetzt. Wir müssen darauf achten, dass der Rückhalt für Journalismus in der Bevölkerung groß bleibt. Schließlich ist Pressefreiheit ein Grund- und Menschenrecht.“

Christian Esser

Foto: Dmytro - stock.adobe.com

Schutzsuchende ziehen sich in Keller zurück

DAS GROSSE UMDENKEN

Abhängigkeiten bei Energie – Hilfen für Bürger und Betriebe

Deutschland und EU wollen Energieabhängigkeit von Russland beenden

Der Krieg in der Ukraine findet ohne direkte Beteiligung der Bundesrepublik statt, dennoch sind die Auswirkungen dieses Konflikts im ganzen Land präsent. Bürger und Wirtschaft ächzen unter den hohen Energie- und Spritpreisen. Gleichzeitig sind Millionen Ukrainer auf der Flucht und immer mehr kommen auch in Deutschland an.

Deutschland ist massiv auf Energieimporte aus dem Ausland angewiesen und diese Energieträger kommen bisher noch immer hauptsächlich aus Russland. Durch die Abnahme der Energieträger finanziert die Bundesrepublik den blutigen Krieg in der Ukraine mit, gleichzeitig hilft Deutschland der Ukraine mit Waffenlieferungen. Es gibt lautstarke Forderungen, auf Energieimporte aus Russland zu verzichten, doch die Bundesregierung ist derzeit dagegen. Verhandlungen mit anderen Staaten über Energieimporte laufen bereits. Doch bis hier Deals abgeschlossen sind und die Abhängigkeit von russischen Energieträgern reduziert werden kann, wird es wohl noch dauern. Gleichzeitig stellt sich die Frage, wie lange Russland trotz bestehender Lieferverträge seine Lieferungen fortführen wird, und ob Putin den Hahn zudrehen wird, weiß bisher niemand.

Enorme Auswirkungen auf Wirtschaft

Es gibt viele Unternehmen, die mit der Ukraine, Russland oder Belarus Handel betreiben. Zwar ist das Handelsvolumen bezogen auf die gesamte Wirtschaftsleistung der Bundesrepublik eher gering, dennoch fallen bei zahlreichen Unternehmen Aufträge weg. Doch auch die Unternehmen, die nicht direkt mit diesen Staaten Handel betreiben, spüren ebenfalls die mit dem bewaffneten Konflikt verbundenen Folgen. Im ersten Heft unseres Magazins berichteten wir bereits ausführlich über die Inflation der jüngeren Vergangenheit. Schon vor dem Krieg gab es ein Allzeithoch bei den Energiepreisen für Gas und Treibstoff. Mit dem Ausbruch des Kriegs zogen diese noch einmal kräftig an. Laut Erhebungen des ADAC stiegen die Preise an den Tankstellen bspw. für Diesel um über 50 Cent je Liter an. Dies spüren Pendler und Wirtschaftsbetriebe gleichermaßen. Gerade Menschen mit geringem Einkommen, die allerdings auf ihr Auto angewiesen sind, lassen fast ihr gesamtes Einkommen derzeit an den Zapfsäulen. Die Politik muss handeln, befindet bspw. der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Die 79 IHKs in Deutschland fordern Sofortmaßnahmen der Bundesregierung gegen die hohen Strom- und Energiepreise. Dazu hat der DIHK eine Resolution mit zehn konkreten Schritten verabschiedet, die Unternehmen dauerhaft entlasten sollen. Der DIHK-Präsident Peter Adrian fordert von der Politik schnelles Handeln: „Nahezu alle Branchen sind von den dramatischen Preissteigerungen bei Strom, Gas und Kraftstoffen betroffen. Daher benötigen viele deutsche Unternehmen kurzfristig zinsgünstige KfW-Kredite oder sogar Notfallzahlungen.“ Innerhalb der Resolution schreiben die IHKs: „Die historisch hohen Strom- und Energiepreise bedrohen seit Monaten viele deutsche Unternehmen in ihrer Existenz. Teilweise war es bereits vor dem Krieg in der Ukraine aufgrund der hohen Preise betriebswirtschaftlich sinnvoll, Maschinen und Anlagen abzustellen, anstatt zu produzieren und Energie zu verbrauchen. Auch in der Logistik und bei Mobilitätsdienstleistern ist die Lage dramatisch.“ Die IHKs fordern in ihrer Resolution unter anderem die Reduzierung der Abhängigkeiten bei Energieimporten, die Senkung von Steuern und Abgaben auf Strom- und Energiepreise sowie den Schutz vor Carbon Leakage.

Bund will Verbraucher entlasten

Während die Wirtschaft noch auf Hilfen wartet, will der Bund die Bürger schnell entlasten. Innerhalb des Haushalts für das Jahr 2022 wurde ein Paket mit einem Umfang zwischen 14 und 16 Milliarden Euro vereinbart. Darin enthalten sind unter anderem kurzfristige Maßnahmen wie eine Steuersenkung auf Benzin um 30 Cent je Liter und 14 Cent je Liter Diesel. Im öffentlichen Nahverkehr soll ein Ticket für neun Euro pro Monat angeboten werden. Diese Maßnahme soll 90 Tage lang gültig sein, die Bundesländer würden dafür entsprechende Mittel erhalten.

Familien sollen einen einmaligen Bonus in Höhe von 100 Euro pro Kind erhalten, Erwerbstätige sollen eine sogenannte Energiepauschale in Höhe von 300 Euro bekommen, Empfänger von Transferleistungen kriegen 100 Euro, weitere Maßnahmen zum Energiesparen sollen weiterhin auf den Weg gebracht werden. Erst im Februar hatte der Bund die Abschaffung der EEG-Umlage beschlossen, die Stromkunden ab Juli 2022 deutlich früher als ursprünglich geplant entlasten soll.

Foto: m.mphoto - stock.adobe.com

Sprit ist seit Kriegsbeginn noch einmal deutlich teurer geworden

Kritik am Entlastungspaket vom ZDH

Dass beim Entlastungspaket des Bundes bisher keine wirklichen Hilfen für die Wirtschaft veranschlagt sind, stößt auf große Kritik. Hans Peter Wollseifer, Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks, kritisiert: „Das von der Bundesregierung vorgesehene Entlastungspaket bei den Energiekosten bringt unseren Handwerksbetrieben nicht die Entlastung, die in der aktuellen Lage notwendig ist, damit sie diesen Energiepreisschock verkraften können. Um die Lasten aus dieser Preisexplosion abzufedern und Härten auszugleichen, reicht die temporäre Entlastung bei Spritkosten nicht aus.“ Er schlägt vor, dass zusätzlich die Verbrauchssteuern bei Strom und Gas auf die europäisch zulässigen Mindestsätze gesenkt werden und die CO_2-Abgabe befristet ausgesetzt werden sollte. „So richtig die geplante Entlastung der Bürgerinnen und Bürger wie auch die vorgesehenen Schritte zu mehr Energieversorgungsunabhängigkeit sind, so wenig dürfen gerade kleine und mittlere Betriebe angesichts der Energiepreisexplosion im Regen stehen gelassen werden. Unsere Betriebe können die enormen Preissprünge nicht allein auffangen, umso weniger als die enormen Preissteigerungen in dieser Höhe nicht vollständig an die Kundinnen und Kunden weitergegeben werden können. Die jetzt von der Bundesregierung geplanten Maßnahmen zielen jedoch vor allem auf eine Entlastung von Privathaushalten, haben aber nicht ausreichend die Belange unserer Betriebe im Blick. Die Leistungsfähigkeit unserer Betriebe wird jedoch jetzt erst recht gebraucht, damit Deutschland die Lasten des Krieges schultern kann und damit wir schnellstmöglich die Energiewende schaffen“, so Wollseifer.

100 Milliarden für die Bundeswehr

Wie sich dieser Krieg in Zukunft entwickelt, ist derzeit noch nicht absehbar. Können die ukrainischen Truppen ihr Land und ihre Großstädte erfolgreich gegen die russische Invasion verteidigen? Greift der russische Präsident auch noch andere Länder an? Womöglich sogar Mitgliedsstaaten der EU oder NATO? Für einen möglichen Verteidigungsfall braucht es in jedem Fall eine gut aufgestellte Bundeswehr und insbesondere ihr Equipment und Fahrzeuge jeglicher Art müssen für den Ernstfall einsatzbereit sein. Wer den Berichten der Wehrbeauftragten folgt, stellt fest, dass es um die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr nicht besonders gut bestellt ist. Es fehlt nicht an Soldaten, es mangelt am Material. Das soll sich nun ändern. Der Bund hat im Bundeshaushalt 2022 mehr als 50 Milliarden Euro für den Verteidigungsetat vorgesehen, auch in den Planungen für die Folgejahre 2023 bis 2026 sind jährlich Mittel in dieser Größenordnung veranschlagt. „Mit umfassenden Investitionen werden wir unsere Bundeswehr zu einer leistungsfähigen und hochmodernen Armee ausbauen. Mein Ziel ist eine voll ausgestattete Bundeswehr, die uns und unsere Bündnispartner zuverlässig schützt; eine Armee, die Deutschland zu einem starken militärischen Kooperationspartner in Europa macht – und damit zu einem europäischen Kräfteverstärker in NATO und EU“, sagt Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht. Zudem wurde für die Bundeswehr ein Sondervermögen im Umfang von bis zu 100 Milliarden Euro festgelegt, über das Großvorhaben wie bspw. die Tornado-Nachfolge finanziert werden soll. Die Gesetzentwürfe zum Sondervermögen sollen bald in das parlamentarische Verfahren eingebracht werden. „Und auch in der Frage, welche Ausrüstung wir mit unseren neuen Möglichkeiten beschaffen, werde ich mich eng mit dem Bundestag abstimmen. Das ist mir ein ganz wichtiges Anliegen! Denn die Bundeswehr ist und bleibt Parlamentsarmee. Die Verantwortung für die Zukunft der Bundeswehr tragen wir alle“, so Lambrecht.

Christian Esser

Foto: filmbildfabrik - stock.adobe.com

Bundeswehr soll mithilfe eines Sondervermögens aufgerüstet werden

„TAPFERE UND WILLENSSTARKE KOLLEGEN“

Wie die Menschen in der Ukraine mit dem Krieg umgehen

Foto: Avenga

Kurz vor Abfahrt Richtung Ukraine - letzte Vorbereitungen für einen weiteren Hilfstransport in Köln

Eigentlich müsste man sich in einem Gespräch mit der Avenga Germany GmbH über die großartigen unternehmerischen Leistungen der letzten 20 Jahre unterhalten – dass man trotz der Coronapandemie weiter wachsen konnte und weltweit an 27 Standorten rund 4.000 Menschen beschäftigt. Doch die Aktualität der Ereignisse stellt dieses Gesprächsthema in den Hintergrund. Es geht um den furchtbaren Krieg in der Ukraine und darum, wie dieses Unternehmen seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in Lwiw, Kiew und Polen zur Seite steht. Im Gespräch mit DIE WIRTSCHAFT, Marcel Kappestein, Deutschlandgeschäftsführer von Avenga.

DIE WIRTSCHAFT: Eigentlich würde ich mit Ihnen lieber über die schönen Dinge sprechen, das rasante wirtschaftliche Wachstum der Vergangenheit und Ihre Leistungen. Aber der Anlass ist leider der sinnlose Krieg in der Ukraine. Welche Auswirkungen hat der Krieg für Ihr Unternehmen Avenga?

Marcel Kappestein: Der Krieg hat einen starken Impact. Wenn man bedenkt, dass von unseren 4.000 Mitarbeitern in der gesamten Avenga-Gruppe etwa 1.200 in der Ukraine stationiert sind, hat das selbstverständlich spürbare Auswirkungen. Aber wir konnten, wir mussten und wir wollten uns intensiv auf dieses Szenario vorbereiten, spätestens seitdem sich im Herbst des vergangenen Jahres die Anzeichen vermehrt haben, dass es tatsächlich zu diesem Krieg kommen könnte. Dank unserer langfristigen Planung im Voraus sind wir in physischer Hinsicht unabhängig vom Standort Ukraine. Wir haben frühzeitig alle Systeme auf deutsche und US-amerikanische Server migriert, alles läuft über Clouds, sodass wir ortsunabhängig auf die Daten zugreifen können. Deshalb sind wir auch in der Ukraine weiterhin arbeitsfähig. Wir hatten gehofft, dass wir Eskalationspläne nicht hätten ziehen müssen, aber als der Krieg begann, haben wir diese dann konsequent umgesetzt. Dazu gehören auch Pläne zur Abwehr von Cyberattacken.

DIE WIRTSCHAFT: Sind Ihre Büros in der Ukraine in Lwiw (Lemberg) und Kiew weiterhin geöffnet? Mussten Mitarbeiter evakuiert und an sichere Orte im In- oder Ausland gebracht werden? Wie ist die Situation vor Ort?

Marcel Kappestein: Wir haben kein Büro geschlossen. Bisher mussten wir keine Schäden an Büros feststellen. Wir sind aber sowieso dezentral unterwegs, sodass die Mitarbeiter auch im Homeoffice oder an anderen Orten arbeiten können. Wir sind also nicht physisch im Büro vertreten, die Arbeitsstrukturen ähneln stark denen in der Pandemie. Wir arbeiten aus der Cloud heraus und da werden sehr hohe Sicherheitsstandards gewährleistet. Unsere Mitarbeiter sind in einer gesicherten Umgebung, jedenfalls so sicher, wie man das tagesaktuell sagen kann. Sofern die Lage weiter eskaliert, können sie sich in noch sicherere Bereiche bringen. Dass wir sie dabei unterstützen, versteht sich von selbst.
Ich muss sagen, wir haben es hier mit sehr tapferen und willensstarken Kollegen zu tun. Wenn man das miterlebt, wie die sich durch die Situation manövrieren – also in Angst irgendwo leben zu müssen, weil Einschläge nahe sind, Familien und Freunde betroffen, aber trotzdem voll arbeitsfähig sind, voll zu ihrem Job stehen, stolz darauf sind, weiterarbeiten zu dürfen und zu können, und das mit großem Engagement und sogar Motivation zu tun – das ist absolut beeindruckend.

Foto: Jan Tepass

Marcel Kappestein

Marcel Kappestein ist Geschäftsführer der Avenga Germany GmbH und verantwortet in dieser Position die strategische und technologische Umsetzung der digitalen Transformation von Konzernen und großen Mittelständlern sowie das Business Development im DACH-Raum. Der 37-Jährige aus Olpe in Nordrhein-Westfalen verfügt über eine ausgewiesene Erfolgsbilanz in diesem Bereich.

Foto: Avenga

Hilfsgüter sind in Lwiw angekommen

DIE WIRTSCHAFT: Stehen Ihnen alle Mitarbeiter zur Verfügung? Oder wurden bspw. männliche Angestellte für den Kampfeinsatz eingezogen?

Marcel Kappestein: 18- bis 60-Jährige sind erst mal angehalten, das Land nicht zu verlassen. Es ist jedoch so, dass die IT-Branche eine wichtige Branche für die Ukraine ist. Es gibt eine Anweisung, dass die IT-Branche maximal am Laufen gehalten werden soll, daher wurde bisher nicht groß auf Personal aus diesem Bereich zugegriffen. Derzeit sind etwa 20 Mitarbeiter davon betroffen und verteidigen aktiv ihr Land. Aber es ist ein verhältnismäßig sehr geringer Anteil gegenüber unserer gesamten Beschäftigtenzahl vor Ort.

DIE WIRTSCHAFT: Gibt es auch Auswirkungen auf Ihre Büros in Polen, wo bisher Millionen Kriegsflüchtlinge angekommen sind?

Marcel Kappestein: Was man sagen muss, ist, dass unsere polnischen Kollegen hier sehr stark involviert und engagiert sind. Die leisten dort Großartiges. Sie leisten neben ihrer Arbeit on top noch engagierte und ehrenamtliche Hilfe. Sie helfen bei Unterbringung, Versorgung oder Erstversorgung der Kriegsflüchtlinge. Das beeinflusst natürlich die Arbeit vor Ort – man spürt aber die große Solidarität mit allen Geflüchteten, nicht nur mit denen, die Angehörige des Unternehmens sind. Allen wird geholfen. Auch unsere Mitarbeiter in Deutschland gehen die „Extrameile“ und senden positive Signale für die gesamte Gruppe.

DIE WIRTSCHAFT: Sie informieren auf Ihrer Internetpräsenz über die Hilfe, die Sie leisten für die Menschen in der Ukraine. Berichten Sie gerne darüber.

Marcel Kappestein: Bereits kurz nach Kriegsbeginn war abzusehen, dass in der Ukraine eine humanitäre Katastrophe droht. Daher haben wir sofort damit begonnen, Hilfslieferungen mit Lebensmitteln, Kleidung, Schlafsäcken, Isomatten, Schutzmaterial und auch medizinischer Notfallausrüstung auf den Weg zu bringen. Das ist unmittelbar nach Kriegsbeginn losgegangen, in der Woche nach Karneval wurden erste Transporte losgeschickt.
Zudem haben wir uns dazu entschlossen, unsere Hilfe nun über einen eigenen Verein zu organisieren, mit dem „Avenga hilft e. V.“. Wir stehen im ständigen Austausch mit unseren Freunden und Kollegen vor Ort. Durch sie wissen wir, welche Hilfe wann und wo benötigt wird, und können unbürokratisch und nachhaltig Unterstützung leisten. So können auch unsere Partner und Kunden gezielter helfen, auch hier ist die

Foto: Avenga

Medizinisches Material wird in der Ukraine dringend benötigt

Foto: Avenga

Freude über die Hilfslieferung in Lwiw

Solidarität groß. Gemeinsam mit unserem großartigen Netzwerk befreundeter Unternehmen liefern wir schnell und unkompliziert Hilfsgüter dorthin, wo sie gebraucht werden. Zudem finanzieren wir Anschaffungen vor Ort, wo immer dies möglich ist.

DIE WIRTSCHAFT: Möchten Sie noch etwas sagen? Haben Sie noch etwas auf dem Herzen?

Marcel Kappestein: Was wir als Unternehmen gerade stemmen, um unseren Zusagen gegenüber unseren Kunden gerecht zu werden, ist wirklich beeindruckend und alles andere als eine Selbstverständlichkeit – dafür will ich allen unseren Mitarbeitern ausdrücklich danken. Wir wollen allen Ukrainern helfen, nicht nur unseren Mitarbeitern und ihren Familien. Wichtig ist hier nicht nur die schnelle, unmittelbare Hilfe, sondern auch eine gewisse Nachhaltigkeit, etwa wenn es um die Rückkehr von Flüchtlingen, psychologische Betreuung oder auch den Wiederaufbau des Landes geht, wenn dieser elende Krieg endlich vorbei ist. Ich glaube, gerade unsere Stadt Köln mit ihrer rheinischen Kultur weiß, wann es darauf ankommt zusammenzustehen.

DIE WIRTSCHAFT: Vielen Dank für das Gespräch!

Christian Esser

Avenga hilft e. V.

Der gemeinnützige Avenga hilft e. V. sammelt Spenden, die zu 100 Prozent in humanitäre Hilfsprojekte in der Ukraine und an vor dem Krieg Geflüchtete fließen, sämtliche Kosten für Verwaltung und Organisation werden von Avenga und Unterstützern getragen.
Avenga hilft e. V. ist offen für weitere Partnerunternehmen, die sich in der Ukraine und für Kriegsflüchtlinge engagieren wollen. Informationen zu den Aktivitäten des Vereins, seiner Partner und Möglichkeiten zu helfen, finden sich online unter www.avenga-hilft.de.
Spenden nimmt der Verein aktuell via Banküberweisung entgegen:

Empfänger (Treuhandkonto):
AHW Hunold und Partner Steuerberater
Verwendungszweck: Avenga hilft
Bank: Sparkasse KölnBonn
IBAN: DE72 3705 0198 1936 2690 81
BIC: COLSDE33XXX
Der Verein ist berechtigt, Spendenquittungen auszustellen, und tut dies auf Anfrage.

KÜNSTLERGRUPPE BINGO IN BONN

Momentan gastiert die ukrainische Künstlergruppe BINGO aus Kiew im Bonner GOP-Theater

Fotos: Foto Brell

Die Künstlergruppe "Bingo" aus Kiew gastiert in Bonn

Der Zufall wollte es so, denn die Verträge wurden vor mehr als zwei Jahren fixiert. Als der Krieg begann, befand sich der komplette Cast bereits in Deutschland, im GOP Bremen.

Gefragt, wie die Künstler mit der aktuellen Situation umgehen, erläutert Direktor Mark Schüler: „Wir haben jedem einzelnen Künstler natürlich freigestellt, ob er in dieser schwierigen Zeit auftreten möchte oder nicht. Die Antwort fiel einstimmig aus: Alle möchten spielen und auf der Bühne gemeinsam mit den Zuschauern für zwei Stunden eine Auszeit von der Realität nehmen und einfach Freude verbreiten."

Das Theater unterstützt seine Künstler und Partner in der Ukraine in vielfältiger Weise direkt. Der Theatersaal wird für Spendengalas zur Verfügung gestellt. Viele GOP-Mitarbeiter haben eine Unterkunft angeboten. „Auch unsere eigenen Künstlerhäuser beherbergen mehr Gäste als üblich, da wir viele Familienangehörige der Künstler nach Deutschland geholt haben", erläutert Mark Schüler.

Ukrainische Bürger erhalten für die Shows kostenfrei zahlreiche Tickets. Das Haus und die Bühne bieten einen Rückzugsort für die Künstler. Vor, auf und hinter der Bühne tut das GOP-Team alles, um den Künstlern zur Seite zu stehen und ihnen Halt zu geben.

„Undressed" ist nach „Fashion" und „Circus" die dritte Show, die in Zusammenarbeit mit dem Circus-Theater „Bingo" aus Kiew entstanden ist. Die Show ist eine Ode an das Reine, das Pure und die Schönheit. Die Zuschauer dürfen sich auf eine aufregende Mischung aus Weltklasse-Artistik, rockiger Livemusik, ausdrucksstarken Tanzeinlagen, perfektem Licht und einer gehörigen Prise Humor freuen. Eine starke Inszenierung für die ganze Familie, ideal um den Alltagssorgen für ein paar Stunden zu entfliehen.

Das GOP Bonn ist Teil der GOP Entertainment Group, die auch in sechs weiteren Städten Shows auf die Beine stellt und mit rund 800 Mitarbeitern das größte Varieté-Unternehmen Europas ist. GOP steht für faszinierende Shows, traumhaftes Ambiente, exzellente Küche, herzlichen Service und ganz besonders für bunte Vielfalt!! Der Anspruch der Künstler und Mitarbeiter ist es, die Gäste zu begeistern und ihnen ein Lächeln ins Gesicht zu zaubern. In diesen traurigen Zeiten umso mehr.

Heribert Eiden

EGN

Abfall-experten aus Überzeugung

Wir haben passende Container, Abfallbehälter und mobile Toiletten. Maßgeschneidert für Ihre Ansprüche und Ihr nächstes Projekt.

Wir sind da.

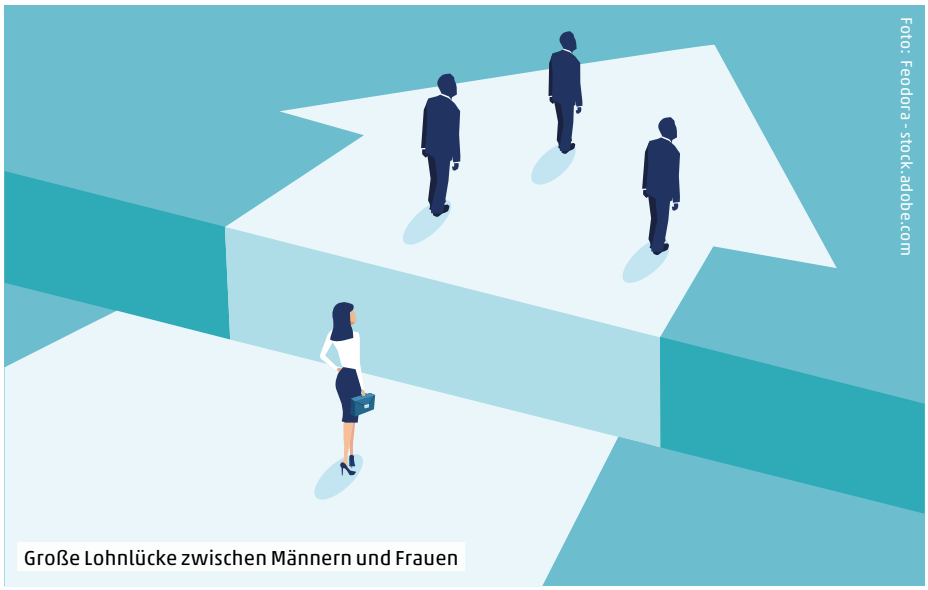
T 0800 376 0800

Artistik, Tanz, Rock sowie perfektes Licht- und Sounddesign bieten die ukrainischen Künstler

NetCologne
IT kütt
von uns.
Bei NetCologne ist mehr für Sie drin: Business-IT,
Internet und Telefonie aus einer Hand.
Thiemo Funke
Vertriebsspezialist
NetCologne IT Services
netcologne.de/itk
Uns verbindet mehr.

KEINE TRENDWENDE ERKENNBAR

Frauen bei Bezahlung immer noch deutlich benachteiligt



Große Lohnlücke zwischen Männern und Frauen

Im März gibt es zwei wichtige Tage für Frauen – da ist einmal der Weltfrauentag und zudem der Equal Pay Day. Und gerade beim Equal Pay Day werden die Unterschiede zwischen den Geschlechtern so richtig deutlich. Noch immer verdienen Frauen im Vergleich zu Männern deutlich weniger.

Es gibt Unterschiede beispielsweise bei der Anstellungsform, die Aufschluss darüber liefern, dass Frauen weniger verdienen als Männer. Deutlich mehr Frauen sind in Teilzeit beschäftigt und auch oft in Branchen, in denen geringere Löhne gezahlt werden. Diese Einkommensschere ist erklärbar. Ungerecht erscheint aber ein Blick auf die Einkommensverhältnisse, wenn die gleiche Beschäftigungsform vorliegt und derselbe Beruf und dennoch noch unterschiedlich hohe Löhne gezahlt werden. Frauen sind beim Lohn weiterhin deutlich im Nachteil. Darauf weist unter anderem die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) hin. Die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern in Köln liegen trotz vergleichbarer Anstellung in der Stadt 14 Prozent auseinander. Ein mittlerer Vollzeit-Verdienst bei Männern beträgt laut NGG 4.171 Euro pro Monat. Bei Frauen liegt dieser allerdings nur bei 3.583 Euro pro Monat. Die NGG beruft sich bei diesen Zahlen auf Daten der Bundesagentur für Arbeit. „Es kann nicht sein, dass Frauen in puncto Bezahlung trotz gleicher Arbeitszeit systematisch den Kürzeren ziehen“, kritisiert Gewerkschafterin Manja Wiesner.

Die NGG kritisiert zudem, dass sich bereits veraltete Rollenbilder innerhalb der Coronapandemie wieder verfestigt hätten. „In Zeiten von Lockdowns und Schulschließungen waren es in vielen Familien gerade die Frauen, die beruflich zurückstecken und sich um Kinder und Haushalt kümmern mussten“, sagt Wiesner. Zudem habe die Krise besonders Branchen getroffen, in denen in der Mehrzahl Frauen tätig sind, wie das Gastgewerbe. Dort sind viele Anstellungen in Form von Minijobs, die aufgrund der Coronapandemie und zwischenzeitlichen Betriebsschließungen massiv abgebaut wurden. Doch sieht die NGG trotz der Entwicklungen durch die Coronapandemie Spielraum für ein Umdenken. „Corona kann auch eine Chance für mehr Gleichberechtigung sein. Viele Männer haben in den letzten zwei Jahren erstmals richtig erfahren, welche Arbeit Kinderbetreuung und Haushalt machen – aber auch, wie wichtig ihre Unterstützung zu Hause ist“, so Wiesner.

Die Beschäftigungsverhältnisse sind das eine Problem, die nicht einheitliche bzw. vielmehr gleiche Bezahlung für dieselbe Arbeit ist das andere. Die Lohnlücke zwischen den Geschlechtern ist oft erheblich. So verdienen Bäckereifachverkäuferinnen in Nordrhein-Westfalen bei Vollzeit rund 400 Euro weniger als Bäcker. Dabei haben beide eine dreijährige Ausbildung hinter sich und es im Arbeitsalltag mit genauso hohen Anforderungen zu tun, betont Wiesner. Wiesner und die NGG rufen daher die Unternehmen der Region dazu auf, diese Ungleichbehandlung zu beenden und endlich „gleichen Lohn für gleiche Arbeit“ zu zahlen. Mit Blick auf den Fachkräftemangel in zahlreichen Branchen wie der Lebensmittelbranche und im Gastgewerbe sollten nach Einschätzung der NGG die Unternehmen alles daransetzen, mithilfe attraktiver Arbeitsbedingungen mehr Frauen zu gewinnen. „Hier schlummert ein enormes Potenzial für den heimischen Arbeitsmerkt“, sagt Wiesner.

Auftrag an die Politik

Doch nicht nur die Arbeitgeber selbst stehen in der Pflicht, auch die Politik müsse mehr für die Gleichberechtigung tun. Der NGG ist dabei besonders das Ehegattensplitting ein Dorn im Auge. „Das Steuersystem bietet Frauen, deren Partner ein gutes Einkommen haben, kaum Anreize, selbst beruflich durchzustarten. Aufgrund hoher Abzüge in der Steuerklasse V bleiben viele von ihnen doch zu Hause oder machen nur einen Minijob. Hier muss die Bundesregierung eine Reform anpacken“, fordert Wiesner.

Anlässlich des Equal Pay Days hat das Portal Vergleich.org eine Analyse zum Gender Pay Gap durchgeführt und die Berufsgruppen ermittelt, bei denen die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen besonders groß ist. Insgesamt wurden zehn Berufsfelder ermittelt, in denen die Gehaltsunterschiede beim Bruttoverdienst bei über 20 Prozent liegen. Dazu zählen: Bürokaufmann/-frau, Metallarbeiter/-in, Einkäufer/-in, Industriekaufmann/-frau, Zahntechniker/-in, Architekt/-in und Bankkaufmann/-frau. Besonders groß sind laut der Analyse die Gehaltsunterschiede bei den Stellen Filialleiter/-in (27,25 Prozent) und Rechtsanwaltsgehilfe/-in (28,29

Prozent). Die größten Unterschiede gibt es im Berufsfeld Buchdrucker/-in bzw. Medientechnologe/-technologin Druck. Hier liegt der Gender Pay Gap bei 28,66 Prozent. Während das durchschnittliche Bruttogehalt einer Frau in diesem Berufsfeld bei 2.342 Euro liegt, kommen Männer hier auf 3.283 Euro.

Unterschiede auch im öffentlichen Dienst

Unterschiedlich hohe Gehälter zwischen Männern und Frauen gibt es auch dort, wo man sie eigentlich nicht erwartet, bspw. im öffentlichen Dienst. Tanja Küsgens, Bundessprecherin der Frauenvertretung im Verband Bildung und Erziehung, stellt klar: „An Schulformen mit besonders hohem Frauenanteil, also in der Grundschule und der Sekundarstufe I, werden Lehrkräfte in vielen Bundesländern nach wie vor in eine niedrigere Besoldungsstufe eingestuft, obwohl die Ausbildung und die Abschlüsse im Vergleich zu den Schulformen, in denen besser bezahlt wird, gleichwertig sind. Das bedeutet, sie erhalten monatlich ca. 500 Euro brutto weniger.“ Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, sieht ebenfalls große Ungleichheiten: „Die strukturelle Ungleichheit zwischen den Geschlechtern ist nach wie vor hoch. Auch im öffentlichen Dienst ist die Entgeltlücke nicht geschlossen. Zudem lasten Care-Arbeit allgemein und insbesondere die mit der Pandemie verbundenen Herausforderungen für die Familien, wie zum Beispiel Kinderbetreuung und Home-Learning, vorwiegend auf den Schultern von Frauen. Infolgedessen mussten vermehrt Frauen in Teilzeit gehen oder sogar ihren Job kündigen. Das ist nicht nur ein sofortiger Nachteil durch weniger Einkommen, sondern auch ein perspektivischer Nachteil durch eine geringere Altersversorgung! Es muss uns zudem beunruhigen, dass als eine Konsequenz der Lastenverteilung während der Pandemie die althergebrachte Rollenverteilung zwischen den Geschlechtern in den letzten beiden Jahren eher gefestigt anstatt aufgebrochen wurde.“

Mehr Frauen in Führungspositionen

Anlässlich des Weltfrauentags hat sich die parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz, Dr. Franziska Brantner, mit Frauen in Führungspositionen und Gründerinnen zum Thema, wie Potenziale von Frauen für

Führungspositionen zwischen Männern und Frauen sind ungleich verteilt

den Wirtschaftsstandort Deutschland besser genutzt werden können, ausgetauscht. Laut Brantner habe die Zahl der Frauen in Vorständen der größten Börsenunternehmen zwar einen echten Sprung gemacht, trotzdem müsse noch viel passieren. „Setzt man in Relation, wie hervorragend qualifiziert Frauen in Deutschland sind, sind die Zahlen auch im internationalen Vergleich enttäuschend. So kann das Plus an Frauen in Vorständen im vergangenen Jahr nur ein Anfang sein“, so Brantner. Zudem sollen mehr Frauen dazu bewogen werden, selbst ein Unternehmen zu gründen. Gerade hier gibt es noch sehr viel Spielraum nach oben, bspw. bei der Gründung von Start-ups, hier ist der Frauenanteil besonders gering. Um hier eine Trendwende zu erreichen, müssten Frauen einen besseren Zugang zu Finanzierungs- und Fördermöglichkeiten erhalten. Strukturelle Hürden müssten abgebaut werden. Brantner: „Wachsen ohne Frauen sollte genauso wie das Gründen ohne Frauen in Deutschland der Vergangenheit angehören. Das machen wir uns als Bundesregierung zur Aufgabe! Gesetzliche Vorgaben, wie zur Mindestbeteiligung von Frauen in Vorständen, erhöhen den Frauenanteil auf dieser Ebene. Und die Sichtbarkeit erfolgreicher Frauen als weibliche Vorbilder tut ihr Übriges. Ich danke allen Frauen, die sich in Initiativen oder Netzwerken für eine vielfältige Wirtschaft einsetzen und die daran arbeiten zu ermöglichen, dass Frauen ihre Kompetenzen für unsere Wirtschaft in vollem Maße einsetzen können.“

Christian Esser

TÜV SÜD
AES EN 50518
midas
LEITSTELLE
melden · informieren · dokumentieren · alarmieren · steuern
ALARMAUFSCHALTUNG
VIDEOÜBERWACHUNG
AUFZUGNOTRUF
INDIVIDUELLE LÖSUNGEN
emil weber GmbH & Co. KG · Kornmarkt 14 – 16 · 57072 Siegen
Tel.: 0271 400300 · E-Mail: info@midas-leitstelle.de
www.midas-leitstelle.de

EXPERTEN IM BRANDSCHUTZ

Anke Eickhoff im Gespräch mit DIE WIRTSCHAFT über das komplexe und vielschichtige Thema Brandschutz

Fotos: ZAPP-ZIMMERMANN GmbH

Geschwister Anke Eickhoff und Marc Zimmermann, Geschäftsführer der ZAPP-ZIMMERMANN GmbH

DIE WIRTSCHAFT: Frau Eickhoff, gemeinsam mit Ihrem Bruder Marc Zimmermann führen Sie die Geschäfte der ZAPP-ZIMMERMANN GmbH, ein auf innovative Brandschutzsysteme spezialisiertes Unternehmen. Immer wieder hört man bei der Fertigstellung nicht nur von Großprojekten, dass sich die Inbetriebnahme verzögert, weil Fehler im Brandschutz bemängelt wurden. Wie kommt es dazu?

Anke Eickhoff: Beim Thema Brandschutz ist es wichtig zu differenzieren, dieser ist in Deutschland in den baulichen, organisatorischen und anlagentechnischen Brandschutz unterteilt. Wir sind im vorbeugenden baulichen Brandschutz angesiedelt und Experten für die Entwicklung und Herstellung von Abschottungsmaterialien. Diese tragen dafür Sorge, dass Öffnungen für Installationen in raumabschließenden, feuerwiderstandsfähigen Bauteilen so verschlossen werden, dass die Feuerwiderstandsfähigkeit des Bauteils sichergestellt ist. Oberstes Ziel von Brandschutzkonzepten ist es, ein Gebäude so auszustatten, dass im Falle eines Feuers die Situation bei Lösch- und Rettungsarbeiten nicht außer Kontrolle gerät und die Brandausbreitung möglichst lange verzögert und bestenfalls verhindert wird.
Innerhalb der Planung und Umsetzung eines baurechtskonformen Brandschutzkonzeptes für ein Objekt gilt es eine Vielzahl an Maßnahmen zu berücksichtigen und zu harmonisieren. Dies erfordert ein hohes Maß an Abstimmung zwischen den unterschiedlichsten Technologien und Gewerken, die zur Umsetzung beitragen. Aufgrund der enormen Komplexität kann schon eine kleine Abweichung bei der Planung (z. B. Nutzungsänderung) oder Ausführung eine Lücke im Konzept bedeuten. Diese Defizite im Nachhinein aufzulösen kann die Umsetzung eines Projektes stark verzögern.
Gerade unsere Systeme sind bekannt dafür, dass sie einen schnellen Baufortschritt durch einfache Montage unterstützen und auch für geänderte Einbausituationen flexibel nutzbar sind.

DIE WIRTSCHAFT: Sie haben gerade die Anforderungen des Baurechts angesprochen, Brandschutz in Deutschland steht auch für die Einhaltung von Normen, Regelungen, Vorschriften und Gesetzen. Wie tragen Sie als Unternehmen zu einem reibungslosen Projektablauf bei?

Anke Eickhoff: Gebäude und ihre Nutzen sind ebenso individuell wie die Anforderungen an sinnvollen Brandschutz. Es ist schwierig, die unterschiedlichen Ansprüche in einfachen Regelungen zu „verformeln“. In Deutschland verfügt jedes Bundesland über eine eigene Bauordnung, das Baurecht hat sich über die Jahre zu einem komplexen Werk entwickelt.
Gleichzeitig haben sich aber auch die Technologien im Bauwesen weiterentwickelt. Die Zulassung von sicherheitsrelevanten Baustoffen und Bauteilen, zu denen auch unsere Produkte gehören, unterliegt strengen Normen. Aufgrund der Harmonisierungsbestrebungen der EU haben sich auch hier die Anforderungen in den letzten Jahren stetig verändert. Es ist unsere Aufgabe, für unsere Kunden Produkte zu entwickeln, die den Normen entsprechen und gleichzeitig die Anforderungen des Baurechts erfüllen. Der Entwicklungs- und Zulassungsprozess ist sehr langwierig und kann mehrere Jahre dauern. Darüber hinaus unterliegt unsere Produktion einer Fremdüberwachung, um sicherzustellen, dass die Produkte auch über alle relevanten Eigenschaften verfügen. Zwar sehen wir die Notwendigkeit der gesetzlichen Anforderungen und deren Anpassungen, diese stellen uns aber auch vor große Herausforderungen. Hierfür beschäftigen wir ein Team von Experten, dem wir ein hochmodernes Technikum inklusive Brandprüfofen zur Verfügung stellen.
Letztlich entscheidet aber die passgenaue Verwendung und Ausführung der Systeme über deren Funktionsfähigkeit. Hierfür bieten wir Schulungen zu unseren Produkten an, um die Planer, Architekten und Verarbeiter fit zu machen.

DIE WIRTSCHAFT: Als Familienunternehmen schauen Sie auf eine über 30-jährige Historie zurück. Wie sind Sie gestartet und was waren die wichtigsten unternehmerischen Meilensteine?

Anke Eickhoff: Ende der 80er-Jahre entdeckte unser Vater Karl Zimmermann die Anwendungsvorteile von intumeszierenden Schaumstoffen für den vorbeugenden baulichen Brandschutz. 1990 gründete er gemeinsam mit unserer Mutter (eine geborene Zapp) die ZAPP-ZIMMERMANN GmbH und revolutionierte mit – im Vergleich zu herkömmlichen Schotts – einfach und staubfrei einzubauenden Produkten den Markt. Seitdem steht ZAPP-ZIMMERMANN für innovative Brandschutzsysteme, die sich durch die einfache Verarbeitung, Wiederbelegbarkeit und hohe Leistungsfähigkeit auszeichnen. Der Aufbau einer Entwicklungsabteilung im Jahr 2001 ermöglichte es uns, eigene Brandschutzrohstoffe herzustellen. Seither bieten wir die gesamte Fertigungstiefe von Entwicklung über Baustofffertigung bis hin zum fertigen Bauteil und realisieren so eine große Vielfalt an individuellen Produktlösungen.

Firmengelände der ZAPP-ZIMMERMANN GmbH in Köln-Merkenich

2013 erfolgte die Übergabe der Firma an meinen Bruder und mich als Nachfolger. In den Folgejahren erneuerten wir unser Vertriebskonzept, modernisierten die Marke und erwirkten weltweiten Markenschutz. Um die zunehmende Internationalisierung von unserem Standort in Köln zu gestalten, setzten wir auch auf digitale Kommunikationskanäle.
2020 konnten wir weiter expandieren und unser Vertriebsteam in ein eigenes Gebäude nahe unserem Unternehmensstandort auslagern. Hier haben wir ein großes Schulungs- und Kommunikationszentrum mit eigenem Videostudio aufgebaut, das uns ermöglicht, unsere Kunden sowohl in Präsenz als auch in digitaler Form zu beraten.

DIE WIRTSCHAFT: Die digitale Ausrichtung ist Ihnen wahrscheinlich auch in der Coronakrise zugutegekommen, wie ist es Ihnen in den letzten zwei Jahren ergangen?

Anke Eickhoff: Die bereits geschaffenen digitalen Grundlagen haben in der Tat geholfen. Nicht nur international, sondern auch am deutschen Markt. Corona hat der zuvor sehr analog kommunizierenden Baubranche den Weg zu den neuen Medien bereitet. Heute ergänzen wir unsere traditionellen Vertriebswege durch Onlineschulungen, Social Media und Webinare.
Ansonsten haben wir schon früh Schutzmaßnahmen eingeleitet und sind gut durch die Zeit gekommen. Dabei sind wir besonders auf unsere Mitarbeiter stolz, die mit einem hohen Maß an Flexibilität und Leistungsbereitschaft alle Maßnahmen mitgetragen haben.

DIE WIRTSCHAFT: Wie hat sich die Krise wirtschaftlich ausgewirkt?

Anke Eickhoff: Glücklicherweise war unsere Branche im Hinblick auf wirtschaftliche Einbußen wenig betroffen, wir konnten unser Geschäft sogar weiter ausbauen. Unser unternehmerischer Fokus lag dabei in oberster Priorität auf dem Gesundheitsschutz, aber natürlich auch darauf, den Produktionsbetrieb aufrechtzuerhalten und eine Betriebsschließung zu vermeiden. Dazu haben wir unsere Prozesse und Schnittstellen alle noch einmal genau definiert und Ausweichlösungen festgelegt. Ich bin davon überzeugt, dass dies unsere Organisation gestärkt und unser Team weiter zusammengeschweißt hat.
Dennoch, als Verantwortliche für das Geschäft war und ist es nicht immer einfach, die sich stetig ändernden Anforderungen und Maßnahmen umzusetzen. Ich erinnere mich gut an die Hochphase der Pandemie, in der die Tagesschau am Freitagabend die ab Montag geltenden Maßnahmen verkündet hat. Diese über das Wochenende umzusetzen und entsprechend zu kommunizieren war nicht ohne Anstrengung möglich. Aus meiner Sicht haben die Führungsetagen vieler mittelständischer Unternehmen in dieser Zeit Beachtliches geleistet und damit einen großen Teil zur Aufrechterhaltung der Infrastruktur beigetragen.

DIE WIRTSCHAFT: Ist das ein Grund, warum Sie sich seit Kurzem bei DIE FAMILIENUNTERNEHMER e. V. im Vorstand engagieren?

Anke Eickhoff: Ja, das Erleben der letzten beiden Jahre hat einen großen Einfluss auf meinen Entschluss zu einer aktiven Mitarbeit im Vorstand des Regionalkreises gehabt. In meinen Augen sind eigentümergeführte Unternehmen in Deutschland ein wesentliches Fundament unserer Wirtschaft, die aber vor ganz anderen Herausforderungen als Großkonzerne stehen. Der Verein ermöglicht nicht nur den Austausch untereinander, sondern bündelt die Interessen von Familienunternehmen parteiübergreifend in einer Stimme und kann so auf unsere Belange aufmerksam machen – das empfinde ich als große Chance für uns alle.

DIE WIRTSCHAFT: Welche Vereinsaktivitäten finden Sie besonders interessant?

Anke Eickhoff: Ich finde Formate wie zum Beispiel den „Kölner Unternehmertreff“ spannend, weil man dadurch einen direkten Einblick in andere Familienunternehmen erhält und einen lebendigen Austausch gestalten kann. Wir selbst sind Anfang Mai 2022 Gastgeber und führen eine Betriebsbesichtigung mit anschließendem Austausch unter den Teilnehmern durch.

Heribert Eiden

Fotos: ZAPP-ZIMMERMANN GmbH

Firmeneigener Bandprüfofen im Technikum der ZAPP-ZIMMERMANN GmbH

Darstellung der Wirkungsweise eines Schotts im Brandfall

IMMOBILIENPREISE AUF HÖHENFLÜGEN

Kein Ende der Preisspirale in Sicht

Die Preise für Immobilien kennen nur eine Richtung - weiter steil nach oben

Nachdem der Preisanstieg bei Immobilien im ersten Coronajahr 2020 etwas an Fahrt verloren hatte, zogen die Preise im Jahr 2021 wieder kräftiger an, insbesondere die Preise in den sogenannten Speckgürteln holten im Vergleich zu den benachbarten Metropolen auf. Insgesamt stiegen die Kaufpreise inflationsbereinigt um 14,2 Prozent an.

Immobilien waren bereits vor der Coronapandemie teuer und ein Ende der Preisspirale ist nicht in Sicht – im Gegenteil. Im zweiten Coronajahr 2021 sind die Preise für Wohneigentum in Deutschland noch einmal rasant angestiegen, das Tempo im Vergleich zu den Vorjahren hat dabei noch einmal deutlich angezogen. In 98 Prozent aller im Rahmen des „Postbank Wohnatlas 2022“ untersuchten Landkreise und kreisfreien Städte wurde ein Anstieg bei den Preisen für Eigentumswohnungen im Bestand ermittelt. Inflationsbereinigt lag der Preisanstieg deutschlandweit bei 14,2 Prozent, 2020 lag das Plus noch bei 9,6 Prozent, 2021 bei 9,3 Prozent. Im vergangenen Jahr zogen insbesondere die Preise im Umland von Metropolen deutlich stärker an, als das in den großen Städten der Fall war. Selbst zuvor eher von diesem Trend nicht belastete Städte wie beispielsweise Chemnitz oder Salzgitter verzeichneten hohe Preissteigerungen der Immobilienpreise. Die Studienautoren führen dies auf weiterhin niedrige Zinsen, hohe Nachfrage und ein stagnierendes Angebot zurück. „Die neuen Rekorde auf dem Immobilienmarkt werden von der Angst vor einer Zinserhöhung sowie steigender Inflation begünstigt. Viele Deutsche flüchten sich in Betongold und schließen dabei zunehmend die Städte in zweiter Reihe mit ein, nachdem Metropolen wie München bereits als überbewertet gelten“, sagt Eva Grunwald, Leiterin Immobiliengeschäft Postbank. „Die Coronapandemie hat den Wunsch nach dem eigenen Zuhause nur noch bestärkt und den Radius erweitert.“

Preise in Köln steigen stark

Wohnen und Kaufen sind weiterhin in München besonders teuer. In der bayrischen Landeshauptstadt kletterten die Preise für Eigentumswohnungen um fast zehn Prozent nach oben. Den höchsten Preiszuwachs gab es 2021 in NRWs Landeshauptstadt Düsseldorf mit 15,3 Prozent. In Köln zogen die Preise für Eigentumswohnungen ebenfalls stark an, die Preissteigerung lag mit 11,8 Prozent bspw. deutlich höher als in der Finanzmetropole Frankfurt, wo ein Plus von 5,8 Prozent verzeichnet wurde. Köln belegt bei den „Big Seven“, den teuersten Großstädten Deutschlands, weiterhin den siebten Platz. Im Vergleich zu München ist der Unterschied der Domstadt im Preisniveau allerdings groß – in Köln kostete der Quadratmeter 2021 nur halb so viel wie in Bayerns Landeshauptstadt (9.731,59 Euro pro qm). In Köln lag 2021 der Quadratmeterpreis für Eigentumswohnungen beim Kauf bei 4.897,50 Euro, zwischen 2020 und 2021 entspricht dies einem Anstieg um 636,33 Euro.

Besonders groß waren die Preisanstiege in den Umlandkreisen der „Big Seven“. „Inzwischen zwei Jahren andauerndes Homeoffice hat viele Menschen über einen Umzug aus der Großstadt in das Umland nachdenken lassen. Trotz deutlich steigender Preise können sich Normalverdienende hier noch am ehesten eine Wohnung mit Arbeitszimmer und Garten leisten, während familientaugliche Immobilien in den Metropolen nicht zu finden sind“, sagt Grunwald. „Interessierte müssen jedoch genau hinsehen. Potsdam ist inzwischen fast genauso teuer wie Berlin und auch der Preisabstand zwischen München oder Stuttgart zu ihren beliebtesten Umlandkreisen schrumpft merklich.“ Die Kreise rund um die Domstadt verzeichneten hohe Preisanstiege. So zogen die Immobilienpreise im Rhein-Sieg-Kreis um 16,3 Prozent und im Rheinisch-Bergischen-Kreis um 16,9 Prozent an und lagen damit deutlich über der Teuerungsrate Kölns.

Christian Esser

SCALA – SMARTE LANDMARK IM I/D COLOGNE

Optimales Arbeitsumfeld mit Platz und Freiraum für neue Ideen

Foto: Art-Invest Real Estate / OSMAB Holding AG

Raum für neue Ideen: Auf 10.000 m² bietet SCALA hochmoderne, attraktive Büro- und Gastronomieflächen

I/D Cologne ist der Projektname für einen neuen Bürostandort in Köln-Mülheim. Auf dem Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs an der Schanzenstraße entwickelt sich das attraktive Gewerbequartier stetig weiter und schafft neue Arbeits- und Lebensqualität. I/D steht dabei für die Identität und Individualität des Quartiers. Die Philosophie, die sich dahinter verbirgt: Den Nutzern sollen Platz und Freiraum für die individuelle Mitgestaltung eines optimalen Arbeitsumfeldes geschaffen werden.

Als das neue architektonische Leuchtturmprojekt für Köln erweist sich dabei der Bauabschnitt SCALA – eine Landmark für die Stadt Köln, von deren oberen zwölf Stockwerken man Ausblick auf die gesamte City sowie den Dom und den Rhein hat. Im Gegenzug hat auch SCALA eine hohe Sichtbarkeit und steht mit seiner modernen Architektur stellvertretend für das von dem Joint Venture Art-Invest Real Estate und OSMAB Holding AG konzipierte Viertel.

Grüne Gartenterrassen auf jeder Etage

Die große Dachterrasse ist an den Sommertagen der ideale Ort für Veranstaltungen und Tagungen; daneben verfügt auch jede Etage über eine grüne Gartenterrasse für das Arbeiten im Freien, für Meetings oder für die Mittagspause. Die begrünte Eingangshalle ist mit zahlreichen natürlichen Pflanzen und einem großen Baum ein wirkliches Alleinstellungsmerkmal.

SCALA bietet modernste Bürowelten und ist auch für die Zukunft gut aufgestellt. Es ist ein smartes Gebäude (Smart Building), also ein intelligentes, vernetztes, IoT-fähiges Gebäude. IoT steht dabei für „Internet of Things“, d. h., es ist eine Kombination aus physischem Produkt und digitaler Plattform. Das bedeutet, dass alle Anlagen im Gebäude miteinander vernetzt sind und auf diese Weise eine Plattform entsteht, auf der alle Daten sicher hinterlegt und jederzeit verfügbar sind.

Nachhaltigkeit, Gesundheit und Transparenz – die Vorzüge eines smarten Gebäudes

„Smart Building“ steht für Nachhaltigkeit, Gesundheit und Transparenz. Die im SCALA verbauten Technologien etwa sorgen dafür, dass der Stromverbrauch bei der Beleuchtung um bis zu 60 Prozent gesenkt werden kann – eine enorme Reduzierung der Energie, die durch die automatische Steuerung des Lichts nach Helligkeit und Belegung erreicht wird. In ähnlicher Weise sorgt der Einsatz von intelligenter Gebäudesteuerungssoftware für die Sicherstellung einer exzellenten Luftqualität.

Perfekte Bedingungen für die Dynamik der New Industry

So wie SCALA versteht sich der gesamte Gebäudekomplex I/D Cologne als Eingangstor für den erfolgreichen Eintritt in die digitale Transformation. Nach dem Motto work. life. connect. finden Kreativwirtschaft, Mittelstand, Start-up oder Produktion hier perfekte Bedingungen, um die Dynamik der New Industry für sich zu nutzen und Arbeit und Leben optimal miteinander zu verbinden.

Die Gebäude des I/D Cologne werden von verschiedenen, renommierten Architekten entwickelt, um ein möglichst vielseitiges Quartier zu erschaffen. Die industriell geprägte Bebauung mit Ziegelfassaden aus der Nachbarschaft wird aufgegriffen und in Form einer offenen Loft-Architektur modern interpretiert.

Drei Gebäude sind bereits fertiggestellt und im Betrieb; in Kürze wird auch das Moxy Hotel mit 222 Zimmern seine Pforten öffnen. Rund um den großen Schanzenplatz finden die Nutzer jetzt schon ein hohes Maß an Aufenthaltsqualität sowie – mit Five Guys, L‘Osteria, Mauel und den bald hinzukommenden Restaurantbetreibern Shi-Pleasure und Ma’Loa – ein vielfältiges Gastronomieangebot. Das Loft Haus und das Güterhaus werden bis 2023 fertiggestellt sein. Weitere Gebäude wie der HANGAR, in dem neben den noch verfügbaren attraktiven Büroflächen und einer Gastronomieeinheit der Betreiber Fivestar Fitness ein High-Quality-Studio eröffnen wird, werden parallel gebaut bzw. befinden sich in Planung.

ERHOLUNG BEIM REGIONALEN TOURISMUS

Aber noch unter dem Niveau vor der Corona-Pandemie

Gäste- und Übernachtungszahlen erholen sich wieder etwas

Im zweiten Halbjahr 2021 stand der Tourismus in Köln weiterhin unter dem Einfluss der Coronapandemie. Insgesamt konnten für das Gesamtjahr 2021 mehr Übernachtungen und Ankünfte verzeichnet werden als noch im Jahr 2020. Für den Städtetourismus zeichnet sich laut KölnTourismus ein Struktur- und Wertewandel ab.

„Der Einfluss der Pandemie auf den Tourismus in Köln ist auch im zweiten Jahr deutlich. In den Monaten der Lockerungen in der zweiten Jahreshälfte wird aber die Tendenz zur Erholung und Normalisierung sichtbar. Ein belebter Sommer, flankiert und befeuert durch unseren gezielten Maßnahmenmix in den Nahmärkten, und der sehr gute Herbst mit Messen wie der Anuga haben dazu geführt, dass die touristische Bilanz des Jahres 2021 vor dem Hintergrund der Pandemie insgesamt passabel ausfällt. Unsere Analyse der Entwicklung und die entsprechenden Marketingaktivitäten in Deutschland und in den unmittelbaren Nahmärkten haben sich ausgezahlt“, fasst Dr. Jürgen Amann, Geschäftsführer der KölnTourismus GmbH, das vergangene Jahr zusammen.

In Köln hat die Zahl der registrierten Ankünfte laut dem Statistischen Landesamt IT.NRW um 2,5 Prozent zugenommen und lag bei etwa 1,5 Millionen. Ein Plus gab es auch bei den verzeichneten Übernachtungen. Hier gab es 2021 ein Plus von 8,1 Prozent im Vergleich zu 2020. Köln schnitt insbesondere bei den Übernachtungen sehr gut im Vergleich zu anderen NRW-Städten ab. Mit dem Plus von über acht Prozent liegen die Werte für die Domstadt mehr als doppelt so hoch wie im Landesschnitt.

Struktur verändert sich

Bei Beobachtung der Tourismuszahlen der jüngeren Vergangenheit erkennt die KölnTourismus GmbH eine veränderte Struktur. Die erste Jahreshälfte 2020 war maßgeblich durch den Lockdown geprägt, als viele Betriebe zwangsweise schließen mussten. Bereits in der zweiten Jahreshälfte 2020 manifestierte sich eine Veränderung der Tourismusstruktur. Immer mehr Freizeitreisen in die Domstadt werden verzeichnet, wodurch die durchschnittliche Verweildauer steigt. Die meisten Übernachtungsgäste kommen aus den sogenannten Nahmärkten nach Deutschland (83 Prozent). Ein Großteil davon, 76,1 Prozent, reist innerhalb Deutschlands in die Domstadt für einen Städtetrip oder eine Geschäftsreise.

Trotz der massiven Einbußen und Einschränkungen durch die Coronapandemie hat ein Großteil der Leistungsträger die Krise überstanden. Mit mehr als 34.000 Betten ist das quantitative Angebot der Kölner Hotels annähernd so hoch wie vor der Pandemie 2019. Die Auslastung lag bei 25 Prozent. Im Hotelmarkt insgesamt stellt sich eine Strukturveränderung dar. Bei Kunden beliebt sind dabei besonders junge, designorientierte Hotelprodukte in zentraler Lage. Bei der Wertschöpfung konnte der Tourismus einen Zuwachs von 20 Prozent gegenüber 2020 erzielen und stieg auf 3,55 Milliarden Euro. Allerdings stellt dies lediglich zwei Drittel des Umsatzes vor der Coronapandemie dar. Es wird also noch dauern, bis sich der Markt vollständig erholt hat und sich wieder auf Vorkrisenniveau bewegt.

Wichtige Zukunftsaufgaben

Auch Hotels müssen sich den gesellschaftlichen Entwicklungen anpassen. Mehr Nachhaltigkeit in ökologischer, ökonomischer und sozialer Hinsicht sind gefragt. Neue Formen des Reisens, bspw. „Workation“, sind zunehmend gefragt. Hotelkonzepte und Erlebnisse müssen sich entsprechend anpassen. In diesem Jahr liegen die Schwerpunkte auf einer nachhaltigen Produktentwicklung für definierte Zielgruppen sowie der Bearbeitung der Nahmärkte und ausgewählter Potenzialmärkte. „Die Aufgabe für die Zukunft lautet, die Lebensraumperspektive in den Fokus zu nehmen. Dies bedeutet, dass wir den Tourismus im Einklang von Bürger- und Gastinteressen nachhaltig ausrichten werden“, beschreibt Dr. Jürgen Amann die künftige Ausrichtung des Destinationsmanagements für Köln. „Einheimische werden von der attraktiven Infrastruktur aus Kultur, Gastronomie, Handel, Mobilitätsangeboten und vielem mehr immer ebenso profitieren wie Gäste. Es geht um eine gute Ausgestaltung des Lebensraums für alle. Den Start dafür haben wir mit der wohlüberlegten Auswahl neuer Zielgruppen für Köln gemacht. Das Gesicht des Tourismus in Köln wird sich langfristig verändern.“

Christian Esser

INVESTITIONSPROGRAMM KOELNMESSE 3.0

Mit dem Bau der neuen Kongress- und Eventlocation „Confex“ investiert die Koelnmesse in die Zukunft

Foto: Koelnmesse GmbH / JSWD

Der Confex-Neubau stellt das zentrale Element des Investitionsprogramms Koelnmesse 3.0 dar

Die Gründungsarbeiten für die neue Kongress- und Eventlocation Confex sind im Zeitplan bereits abgeschlossen und der Bau ist in vollem Gange. Schon 2024 sollen erste Veranstaltungen in der neuen Messe-, Kongress- und Eventlocation stattfinden.

Damit zeigt die Koelnmesse ihren festen Willen, trotz wirtschaftlich schwieriger Lage an ihrem Investitionsprogramm Koelnmesse 3.0, dessen zentrales Element der Confex-Neubau darstellt, festzuhalten. „Wir arbeiten weiter für den Standort und die Zukunft der Koelnmesse“, erläutert Gerald Böse, Vorsitzender der Geschäftsführung. Nach Fertigstellung des Confex werden in Köln erstmalig Kongresskapazitäten im Bereich von etwa 5.500 Personen zur Verfügung stehen.

In den letzten Monaten hat sich der Neubau des Confex zügig entwickelt. Bis Mitte 2021 wurde in monatelanger Arbeit die bis dahin existierende Halle 1 auf dem etwa 20.000 Quadratmeter großen Baugrundstück zurückgebaut. Nun wurden die umfangreichen Gründungsarbeiten abgeschlossen. Dazu wurden, um die hohe Last aufnehmen zu können, 497 Betonpfähle, die in 12 Meter Tiefe reichen, hergestellt. Jeder dieser Pfähle kann dabei bis zu rund 100 Tonnen Last aufnehmen. Insgesamt würde dies dem Leergewicht von 60 VW-Golf entsprechen. In den kommenden Wochen werden die ersten Deckenplatten eingebaut. Zudem wird die Rohbaufirma den zu einem späteren Zeitpunkt erfolgenden Anschluss der Kongress- und Eventlocation Confex an das Messegelände vorbereiten. Auf dem Baufeld sind bereits jetzt die späteren Eingangsbauwerke zu erkennen.

Eckdaten der Kongress- und Eventlocation Confex

Bei dem Neubau handelt es sich um eine Messe- und Kongresshalle, die zugleich als Eventlocation genutzt werden kann. Die Grundsteinlegung war am 24.08.2021, die voraussichtliche Fertigstellung ist für Mitte 2024 geplant. Der Bauherr des Confex-Neubaus ist die Koelnmesse GmbH. Verantwortlich für Planung und Realisation ist das Architekturbüro JSWD Architekten in Köln. Das Gebäude kann bei Inbetriebnahme eine Nutzfläche von circa 20.310 Quadratmetern vorweisen. Insgesamt können 5.500 Personen an Konferenzen etc. teilnehmen. Der größte Raum ist dabei die Confexhall, die etwa 4.000 Personen aufnehmen kann. Alles in allem verfügt das Bauwerk nach Fertigstellung über zwölf Konferenz- und drei ergänzende Besprechungsräume. In puncto Nachhaltigkeit ist die Installation von Fotovoltaik auf den Dachflächen geplant. Angestrebt wird zudem die Zertifizierung in Platin durch die Deutsche Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (DGNB).

Über die Koelnmesse

Die Koelnmesse ist das drittgrößte Messegelände in Deutschland und beschäftigt rund 1.000 Mitarbeiter. Mit rund 400.000 Quadratmetern Hallen- und Außenfläche ist sie unter den Top Ten der Welt. Die Koelnmesse veranstaltet jedes Jahr rund 80 Messen, Gastveranstaltungen und Special Events in Köln und weltweit. Die Koelnmesse plant, bis 2034 über 700 Millionen Euro in die Zukunft des Geländes zu investieren.

Monika Eiden

Foto: Koelnmesse GmbH, Ludolf Dahmen

Der Bau der neuen Kongress- und Eventlocation „Confex“ schreitet zügig voran

KULTURSCHÄTZEN FEHLT ATTRAKTIVES AMBIENTE

Köln zeichnet sich durch seine vielfältige Kultur und einzigartige Geschichte aus

Foto: Alex Weis

Nicht alle Kölner Kulturschätze werden so in Szene gesetzt wie der Dom

Mit der Via Culturalis etwa entsteht ein innerstädtisches Areal, das diese kulturelle Vielfalt nochmals in eine neue Dimension hebt und eine hohe Anziehungskraft hat. Diese Entwicklung benötigt allerdings ein entsprechend gesamtinnerstädtisches Ambiente, um das kulturinteressierte Publikum anzuziehen und in der Innenstadt zu halten.

Zur Aufenthaltsqualität tragen neben einem gepflegten Umfeld und Ambiente entsprechend qualitative gastronomische Angebote, ansprechende Handelsformate und bequeme Anreisemöglichkeiten sowie ein gewisses Maß an Sauberkeit bei. Leider schaffen es die Verantwortlichen nicht, Kölner Highlights entsprechend in Szene zu setzen.

Studien sowie Befragungen von Köln-Besuchern zur Innenstadt, zur Situation auf der Hohen Straße und der Schildergasse, immerhin die meistfrequentierten Einkaufsstraßen Deutschlands, zeigen: Gewünscht werden deutlich qualitative Verbesserungen in vielerlei Hinsicht. Die Gestaltung von Straßen und Plätzen zählt dazu genauso wie weniger Autos in der Innenstadt.

Wenig Individualität in der Innenstadt

Entsprechend fallen die Besuchermeinungen über die Attraktivität Kölns aus. Gesprochen wird von einer wenig attraktiven Mischung an Handelskonzepten und zu wenig Individualität in der Innenstadt – nicht zuletzt das Resultat der hohen Filialisierung der Handelsformate in den vergangenen Jahrzehnten. Erschwerend für eine Fahrt in die Innenstadt kommen die gefühlt „permanenten" Samstagsdemonstrationen in der City – hier in erster Linie der Neumarkt – hinzu.

Köln wird von vielen nationalen Gästen wie auch internationalen Besuchern oft als schmuddelig empfunden. Große Probleme bereiten die Drogenszene und Bettler, die momentan den Bereich um den Neumarkt stark frequentieren – nicht zuletzt mangelnde Polizeipräsenz macht es den genannten Gruppen leicht, sich entsprechend in Szene zu setzen.

Kaufkräftige Kunden haben keine Lust, sich von so vielen Unannehmlichkeiten umgeben zu lassen. Das sind vor allem die über 50-Jährigen, denen die Lust am Einkauf in der City vergeht. Man erledigt nur schnell das Nötigste und verlässt das Zentrum wieder – ohne einen Kaffee getrunken, ohne vielleicht eine der kulturellen Einrichtungen besucht zu haben.

Neue Handelsflächen rund um den Dom

Resultierend aus diesen Entwicklungen haben sich bereits rund um das Domkloster Marken wie Chopard, Aigner oder Longchamp zurückgezogen, weitere Marken überlegen, ebenfalls Köln zu verlassen, obwohl das Kundenpotenzial vorhanden ist. Was man aber auch sehen muss: Es entstehen im neuen Domhotel und im Laurenz Carré neue Handelsflächen am attraktivsten Ort rund um den Dom, die ein gehobenes Publikum mit einer sehr hohen Kaufbereitschaft anziehen könnten und der Entwicklung der Via Culturalis entsprechen.

Diese nationalen und internationalen Gäste könnten u. a. aus dem Bereich des Medical Tourism nach Köln kommen. Köln hat in einer Reihe medizinischer Disziplinen Spezialisten von internationalem Ruf am Start. Der Vorteil des Medizintourismus: Er ist an keine Jahreszeit oder keine Saison gebunden, er findet quasi ganzjährig statt. Die Kölner Vermarktungsexperten haben dieses Geschäft im Fokus. Zielgruppenorientiertes Tourismusmarketing vonseiten der Stadt ist sehr wichtig, gemeinsame Anstrengungen im Business- und Messebereich sowie ein B2C-Eventkundenmarketing über Reiseveranstalter seien hier als mögliche zu gehende Wege genannt.

Dabei kann man an einigen Stellschrauben drehen. Es bedarf einer interessanten individuellen Mischung an Geschäften mit überzeugenden Konzepten, qualitativen Sortimenten und hoher Serviceorientierung, die das Shoppen in der City zum Erlebniseinkauf machen. Dies muss allerdings in entsprechend gestalteten Stadträumen passieren. Die über ein gepflegtes Ambiente verfügen und auf diese Weise eine höhere Aufenthaltsqualität versprechen. Räume mit gastronomischer Vielfalt, die zum Konsumieren, Flanieren, Bummeln und Kulturerleben einladen.

Helmut Schmidt, Vorsitzender bei Stadtmarketing Köln e. V., hört aus den Reihen seiner Mitglieder immer die gleichen Forderungen zur Verbesserung. Die Erhöhung der Aufenthaltsqualität, intensivere Bekämpfung der Kriminalitäts- und Drogenszene, individueller Branchenmix, aber auch die Qualität der Ladenlokale hinsichtlich des Angebots, der Ladeneinrichtung und Dienstleistung muss wieder steigen.

Heribert Eiden

PREISSCHOCK FÜR BETRIEBE

Energiepreise leiden unter rasantem Energiepreisanstieg

Schon bevor der Krieg in der Ukraine begann, waren die Energiepreise stark angestiegen. Seit der bewaffnete Konflikt in Europa tobt, sind zusätzlich die Preise an Tankstellen und für Gas noch mal rasant in die Höhe geschossen. Unternehmen in Deutschland werden davon massiv belastet, wie eine Befragung des IW Köln zeigt.

Die Preise für Sprit und Gas stiegen auf ein Allzeithoch. Ein Liter Benzin oder Diesel kostete teilweise weit über zwei Euro. Nicht nur die zahlreichen Pendler müssen immer mehr für einen vollen Tank bezahlen, den Betrieben geht es nicht anders. Während der ersten Kriegswoche hat das IW Köln 200 Unternehmen befragt. Die Auswertung der Umfrageergebnisse deutet auf ein großes Ausmaß der Verunsicherung unter den befragten Betrieben hin. 62 Prozent erwarten große bis sehr große Belastungen aufgrund der erhöhten Energiepreise. Bei Industrieunternehmen ist die Sorge besonders groß. Hier haben sogar 70 Prozent der Befragten die Erwartung, dass große bis sehr große Belastungen auf sie zukommen werden.

Was, wenn Russland den Hahn zudreht?

Aktuell laufen die Gaslieferungen unvermindert weiter. Es wird von russischer Seite immer wieder betont, dass laufende Lieferverträge erfüllt werden. Doch kann man das wirklich glauben und sich sicher sein, dass das auch tatsächlich so weitergeht? Immerhin hat der Kreml auch lange genug beteuert, keinen Krieg in der Ukraine führen zu wollen – wie das ausging, wissen wir mittlerweile. Während Deutschland fieberhaft nach alternativen Anbietern für Gas bzw. allgemein Energieträger sucht, fürchten die befragten Betriebe Engpässe bei der Energieversorgung. Jedes dritte befragte Unternehmen geht laut IW-Köln-Umfrage davon aus, dass es zu Problemen infolge fehlender Gaslieferungen kommen wird. Gas wird von einer Vielzahl von Unternehmen als Energieträger verwendet. In der Industrie, bspw. in der Chemie- oder Pharmaindustrie, ist Gas ein Rohstoff, der zur Produktion eingesetzt wird. Deshalb erwarten 37 Prozent der befragten Industrieunternehmen etwas häufiger aufgrund des fehlenden Gases Belastungen. Zudem bereiten den befragten Unternehmen Ausfälle ihrer Lieferanten Sorgen. Aufgrund der Kriegshandlungen mussten Software-Anbieter sowie Zulieferer ihre Arbeit einstellen. Dadurch kommt es zu Engpässen bei Einzelteilen, so wie es in der Automobilindustrie der Fall ist. 31 Prozent der Befragten gehen von ausfallenden Lieferungen und entsprechenden Belastungen aus. Mit 39 Prozent liegt dieser Wert bei Industriebetrieben noch etwas höher.

Große Abhängigkeit

Durch die Sanktionen ist der Export deutscher Waren nach Russland quasi zum Erliegen gekommen. Gesamtwirtschaftlich stellt dies kein besonders großes Problem dar, denn nur etwa zwei Prozent der deutschen Ausfuhren landen auf dem russischen Markt. Dies ändert sich beim Blick auf die Importe aus Russland. Deutschland ist abhängig von Energieimporten. Kohle, Gas und andere Kraftstoffe werden in hohem Maße importiert. Die Schattenseiten werden nun deutlich. Gerade Russland ist bei Gas und Kohle das Land, das den größten Anteil der beiden Energieträger nach Deutschland liefert. Das Problem: Durch die hohe Abhängigkeit von Russland sieht sich die Bundesrepublik gezwungen, trotz des Krieges weiterhin Kohle, Gas und Co. zu importieren. Eine wirkliche Alternative dazu ist derzeit nicht in Sicht, Verhandlungen laufen aber mit anderen Ländern, u. a. der OPEC, die ihre Ölfördermengen erhöhen soll. Durch den Import russischer Energieträger wird aber gleichzeitig der blutige Krieg in der Ukraine von Deutschland gewissermaßen mitfinanziert. Die Unternehmen, die durch das IW Köln befragt wurden, gehen davon aus, dass die Belastungen aufgrund der erhöhten Energiepreise ein anhaltendes Problem bleiben werden. „Der Krieg bringt nicht nur unfassbares Leid über die Menschen in der Ukraine, er zerstört auch einen Teil der ökonomischen Lebensgrundlage und des volkswirtschaftlichen Produktionspotenzials“, sagt IW-Konjunkturexperte Michael Grömling. „Die Probleme, die Europa als Folge der Coronapandemie zu spüren bekam, werden durch den Angriffskrieg Putins noch verschärft. Die wirtschaftliche Erholung zieht sich nun weiter in die Länge.“

Spritpreise im Höhenflug

Foto: Christian Esser

Christian Esser

WEITER SCHWIERIGKEITEN

Globaler Handel leidet weiter unter Coronaauswirkungen

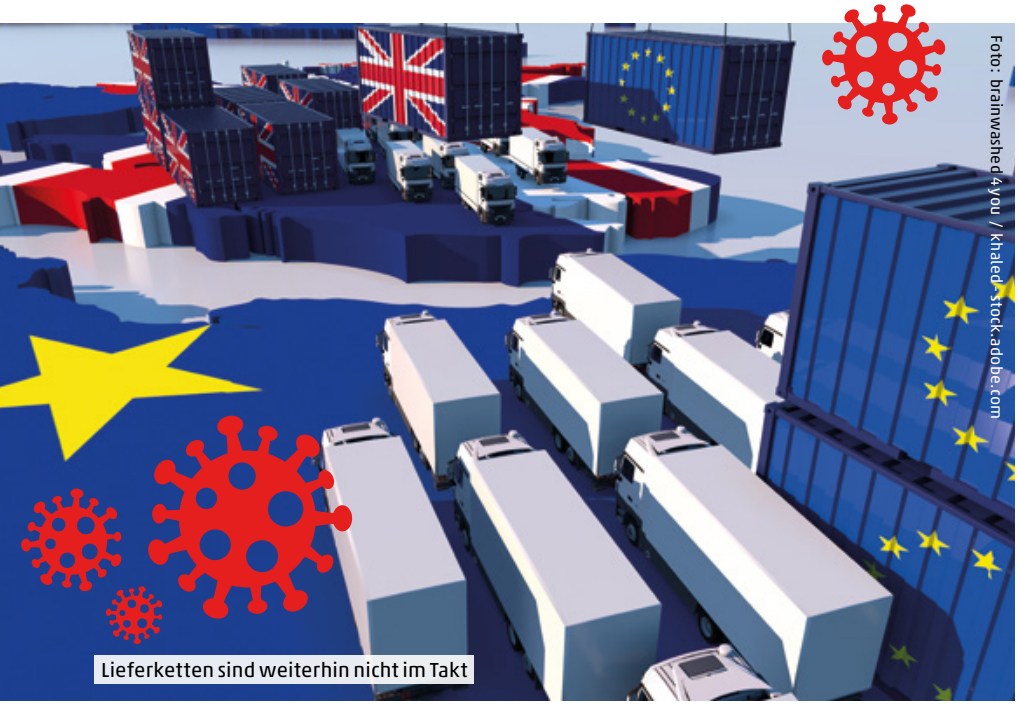


Foto: brainwashed4you / khaled - stock.adobe.com

Lieferketten sind weiterhin nicht im Takt

Seit zwei Jahren hält die Coronapandemie die Welt im Atem. Die Auswirkungen für die Wirtschaft und den globalen Handel sind massiv. Lieferschwierigkeiten und Preisanstiege belasten die Unternehmen massiv, zudem erzeugen Handelskonflikte für deutsche Unternehmen und ihre internationalen Geschäfte tiefgreifende Hindernisse.

Die diesjährige Umfrage „Going International" des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), verdeutlicht, dass bereits vor dem bewaffneten Konflikt in der Ukraine die Handelshemmnisse auf den internationalen Märkten die deutsche Wirtschaft massiv belasteten. An der DIHK-Umfrage beteiligten sich 2.700 Unternehmen, die grenzübergreifend tätig sind. Darunter waren auch 111 Betriebe aus Köln und der näheren Umgebung. Die Umfrage wurde am 11. Februar geschlossen, also gut zwei Wochen vor Beginn der russischen Invasion der Ukraine. Aktuelle Einschätzungen zur veränderten Lage in Russland sind daher in den Umfrageergebnissen noch nicht dargestellt. Insbesondere die Betrachtung der Handelsbeziehungen zu Russland dürfte somit mittlerweile deutlich von den ermittelten Ergebnissen abweichen, da durch die tiefgreifenden Sanktionen fast alle Exporte und Geschäfte verhindert werden. „Selbst unter den Unternehmen, die erhebliche finanzielle Einbrüche durch die gegen Russland verhängten Sanktionen verzeichnen, ist der Rückhalt für die harten Maßnahmen groß. Es ist für viele einfach unerträglich, in einem Land Geschäfte zu machen, von dessen Boden ein solcher Angriffskrieg ausgeht", sagt DIHK-Vizepräsident Ralf Stoffels mit Blick auf die aktuellen Sanktionen. Noch dramatischer ist der Blick auf die Ukraine, wo das Ausmaß der Zerstörungen verheerend ist. „Wir müssen den Menschen aus der Ukraine so viel helfen wie irgendwie möglich", so der DIHK-Vizepräsident. „Und wir müssen im Rest der Welt geschlossen bei den Sanktionen gegen Russland agieren, auch wenn diese Rückwirkungen auf unsere eigene Wirtschaft haben."

Hohe Hürden für Unternehmen

54 Prozent spüren eine akute Zunahme von Hürden bei internationalen Geschäften. „Das sind noch einmal mehr als im Jahr 2020 mit seinen zahlreichen Coronalockdowns und ist zugleich der höchste Wert, den wir in den vergangenen zehn Jahren gemessen haben", kommentiert DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier die Ergebnisse. 2017, drei Jahre vor Beginn der Pandemie, hatte nicht einmal ein Drittel der Unternehmen Probleme mit Handelshemmnissen, seither hat sich die Lage dramatisch verschärft. „Auch das war schon viel. Wir hätten allerdings damals nicht erwartet, dass sich der Wert innerhalb von fünf Jahren kontinuierlich nach oben schraubt. Trotz der weiterhin stabilen Exportzahlen stößt die deutsche Wirtschaft im weltweiten Handel häufiger an Grenzen – und das im wahrsten Sinne des Wortes", so Treier.

Noch vor Beginn des Kriegs in der Ukraine beanstandeten 24 Prozent der befragten Unternehmen Sanktionen. In der Liste der Handelshemmnisse rangierten Sanktionen hier noch auf Platz fünf. Deutlich häufiger wurden mit je 49 Prozent „Lokale Zertifizierungsanforderungen" und „verstärkte Sicherheitsanforderungen" genannt. Zudem benannten die Unternehmen „intransparente Gesetzgebung" (33 Prozent) und Zölle (32 Prozent) als große Probleme. Einen Aufwärtstrend für das Jahr 2022 war schon vor dem Krieg auf europäischen Boden nicht in Sicht, obwohl die Auftragsbücher gut gefüllt sind. „Für 2022 rechnen 18 Prozent der Betriebe mit einem Plus für ihr Auslandsgeschäft, aber 21 Prozent mit einem Minus", sagt Treier. „Dies ist zwar besser als in den beiden Vorjahren, der Saldo bleibt aber weiterhin negativ.

Aufholwachstum gebremst

Nach dem Coronatief 2020 bleibt das erwartete kräftige Aufholwachstum daher auf der Strecke. Im Gegenteil: Die während der Pandemie entstandenen Handelshemmnisse scheinen sich eher noch zu verfestigen, der schon zuvor feststellbare Hang zum Protektionismus beschleunigt sich sogar noch. Nun kommen durch die Kriegshandlungen in der Ukraine noch massive Sanktionen gegen Russland hinzu mit bisher noch unklaren Folgen für den Welthandel. Für die DIHK ist bereits jetzt klar, dass das in der letzten Konjunkturumfrage prognostizierte Exportwachstum von sechs Prozent für 2022 „nicht mehr zu schaffen" ist, sagt Treier. Gut ist aber, dass die Unternehmen auf gut gefüllte Auftragsbücher blicken können. Damit die Aufträge aber auch erledigt werden können, ist es wichtig, dass sich Probleme bei Lieferketten schnell abbauen.

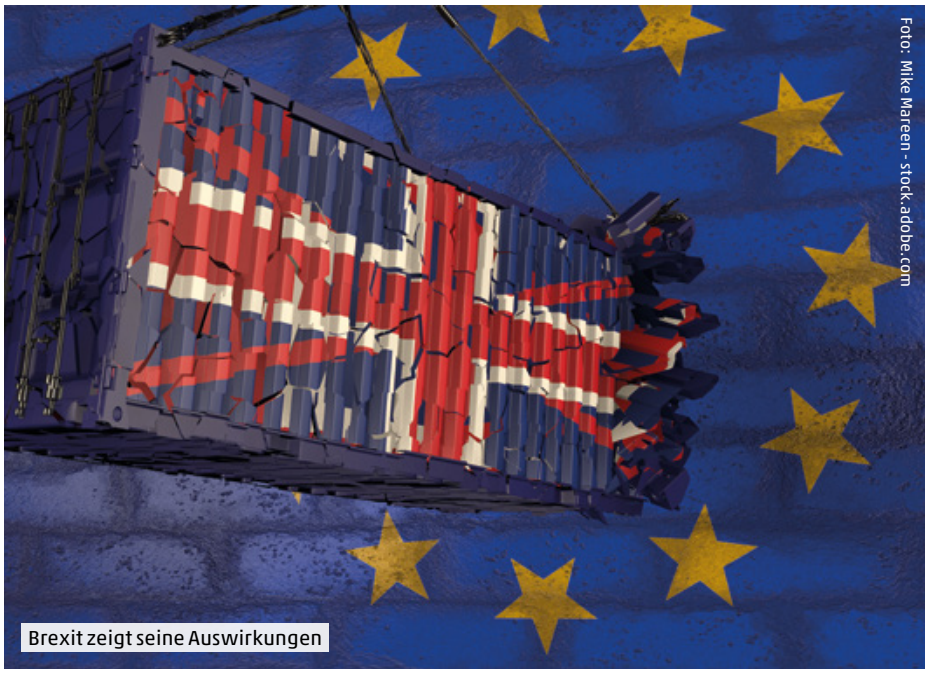


Foto: Mike Mareen - stock.adobe.com

Brexit zeigt seine Auswirkungen

Pandemie erzeugt Lieferprobleme

Nicht nur die vielen Probleme durch verschärfte Sicherheitsanforderungen und gestiegene Zölle bereiten den grenzübergreifend tätigen Betrieben Sorgen, vor allem die Auswirkungen der Pandemie machen den Unternehmen zu schaffen. Sechs von sieben befragten Unternehmen (etwa 86 Prozent) haben Probleme in ihrer Logistik durch gestörte Lieferketten. Durch die russische Invasion dürfte sich diese Problemlage noch verschärfen, da bspw. der ukrainische Markt zum Erliegen gekommen ist und dadurch Einzelteile nicht mehr produziert und geliefert werden können. Das größte Problem für die Betriebe ist nicht etwa das noch recht neue Lieferkettengesetz, sondern Einschränkungen durch Sperrungen von Lufträumen sowie Behinderungen im Schienenverkehr. Zudem mangelt es bei der Verfügbarkeit von Rohstoffen und Vormaterial, weiterhin belasten die hohe Inflation und stark angestiegene Energiepreise die Betriebe. Durch die aufgrund des bewaffneten Konflikts in der Ukraine nochmals rasant angestiegenen Energiepreise dürfte die bereits hohe Inflation noch weiter anziehen, weil Betriebe die Mehrkosten schon bald an die Endverbraucher weitergeben werden.

Schwierigkeiten in Türkei und China

Große Probleme sehen die Unternehmen im Handel mit der Türkei. Hier beschreibt etwas mehr als die Hälfte der Befragten die Geschäftslage als schlecht. Zudem ist auch das Geschäft mit Großbritannien nach dem Brexit weiterhin sehr belastet. Von den Unternehmen, die an der DIHK-Umfrage teilgenommen haben und aus dem IHK-Bezirk Köln kommen, bewerten nur sechs Prozent die Lage mit dem Vereinigten Königreich als gut. Dennoch hat sich hier die Lage durchaus verbessert, denn anders als noch in der Vorumfrage bewerten mittlerweile 40 Prozent der Betriebe die Lage als befriedigend. 2021 lag dieser Wert bei gerade einmal 17 Prozent. Eine leichte Verschlechterung gab es allerdings mit Deutschlands wichtigstem Handelspartner China. Hier spüren die Unternehmen eine leichte Zunahme von Handelshemmnissen. 35 Prozent registrierten und nehmen Handelshemmnisse wahr, in der Vorumfrage waren es noch 33 Prozent.

Bessere Lage in Eurozone

Im Vergleich zu den Märkten außerhalb der EU hat sich die Lage innerhalb der Eurozone verbessert. 53 Prozent der Betriebe auf Bundesebene und 48 Prozent der Unternehmen aus dem IHK-Bezirk Köln geben eine gute Lage an – hier zeigt sich eine deutliche Erholung trotz anhaltend hoher Infektionszahlen mit dem Coronavirus in Europa. In der Vorjahresumfrage hatten lediglich 26,5 Prozent der Betriebe aus und rund um Köln eine gute Lage gemeldet. Die Zahl derer, die eine schlechte Lage für ihre Geschäfte in der Eurozone beschrieben haben, hat sich ebenfalls deutlich verbessert. Die Zahl der Unternehmen, die über eine schlechte Lage klagen, hat sich mehr als halbiert – die Geschäfte laufen also wieder. Ähnlich positiv ist die Entwicklung in der sonstigen EU und im Handel mit der Schweiz und Norwegen. Einen besonders großen positiven Sprung gab es bei den Umfragewerten zum Geschäft mit den USA. Während vor einem Jahr nur acht Prozent der Befragten die Lage als gut bewerteten, sind es nun etwa 48 Prozent. Hier zeigen sich die positiven Auswirkungen durch den beigelegten Handelsstreit zwischen der EU und den USA unter dem neuen Präsident Joe Biden. Die zeigt auch ein Blick auf die Nennung von Handelshemmnissen. Nur noch 18 Prozent der Befragten registrierten Handelshemmnisse, in der Vorumfrage waren es noch 27 Prozent.

Christian Esser

Foto: vchalup - stock.adobe.com

Der Warenverkehr von China in die EU ist weiterhin gestört

SCHWERE ZEITEN FÜR GOOGLE ANALYTICS?

Es gibt Bestrebungen, das Tracking der Nutzer im Internet europaweit zu erschweren

Foto: IB Photography - stock.adobe.com

Google Analytics steht aufgrund seiner Verbreitung besonders im Fokus. Allerdings können auch alternative Anbieter betroffen sein.

Google Analytics ist seit langer Zeit ein Dorn im Auge von Datenschützern. Jetzt lassen eine Entscheidung der österreichischen Datenschutzbehörde sowie eine Äußerung der niederländischen Datenschutzbehörde darauf schließen, dass die Datenschutzbehörden den Einsatz von Google Analytics zukünftig gänzlich untersagen könnten. In Deutschland müssen Anwender von Google Analytics seit dem 1. Dezember 2021 zudem die Vorgaben des neuen TTDSG beachten. Auf europäischer Ebene droht der Digital Service Act nach dem Beschluss des Europaparlaments, das Tracking von Nutzern im Internet massiv zu erschweren. Treten nun schwere Zeiten für Google Analytics & Co an?

Was ist Google Analytics?

Google Analytics ist ein Dienst von Google, mit dem Webseitenbetreiber analysieren können, welche Nutzer wie auf ihrer Webseite agieren. Mithilfe des Dienstes kann der Webseitenbetreiber z. B. ermitteln, von welchen Webseiten ein Nutzer auf die eigene Webseite geleitet wurde, wie lange der Nutzer auf der Webseite verweilt und welche Aktionen auf der Webseite durchgeführt werden. Der Webseitenbetreiber kann die Ergebnisse in einem Dashboard als Bericht einsehen. Die Ergebnisse sollen dem Webseitenbetreiber helfen, seine Webseite anzupassen und für seine Zielgruppe attraktiver zu gestalten. Über den Dienst kann auch erkannt werden, ob eine Werbekampagne, die mit dem Anzeigendienst von Google durchgeführt wurde, wirksam ist oder nicht.

Damit Google Analytics auf einer Webseite funktioniert, muss der Webseitenbetreiber einen Programmcode in den Quelltext der Webseite einpflegen. Der Programmcode wird von Google bereitgestellt. Der Programmcode verweist auf eine Datei, die auf das Gerät des Nutzers heruntergeladen wurde (sog. Cookie). Wird die Webseite von dem Nutzer eines Browsers aufgerufen, wird der Quelltext einschließlich des Programmcodes und des Cookies ausgeführt. Damit wird das Tracking gestartet und Informationen auf den Google Analytics Server übertragen. Hierzu zählen Informationen zur HTTP-Anfrage des Nutzers, zu den Systeminformationen sowie zu First-Party Cookies. Die Informationen umfassen u. a. Browsertyp, Browsereinstellung, Sprache, Farbtiefe, Bildschirmauflösung und IP-Adresse.

Allerdings profitiert nicht nur der Webseitenbetreiber von den Informationen, die Google Analytics bereitstellt. Google selbst nutzt die Informationen ebenfalls. Allerdings hat Google zusätzlich die technische Möglichkeit, die Information mit einem Google-Konto zu verknüpfen, wenn der Nutzer einer Webseite zum Zeitpunkt des Besuchs in seinem Google-Konto eingeloggt ist.

Personenbezogene Daten

Google Analytics ist aus Sicht der Datenschützer problematisch, weil die gesammelten Informationen nicht nur allgemein sind, sondern einer bestimmten Person – dem Nutzer – zugeordnet werden können. Google weist jedem Nutzer eine eindeutige Kennnummer zu, die aus den verschiedenen gesammelten Parametern errechnet wird. Google ist so in der Lage, ein bestimmtes Gerät zu identifizieren. Heutzutage liegt es nahe, dass ein solches Gerät stets nur von einer Person verwendet wird. Jedenfalls bei einer Vielzahl von Geräten ist dies regelmäßig der Fall. Google kann so über mehrere Webseiten hinweg erkennen, welche Webseiten ein Nutzer ansteuert. Diese Informationen geben Aufschluss über die Vorlieben des Nutzers und lassen sich damit für gezielte Werbung (targeted advertising) nutzen.

Damit handelt es sich um personenbezogene Daten im Sinne der DSGVO, denn die Informationen können einer bestimmbaren Person zugeordnet werden. Wichtig ist, dass eine Person bereits dann als identifiziert im Sinne des Datenschutzrechts anzusehen ist, wenn die Person von anderen Personen unterschieden und damit individualisiert werden kann. Es ist nicht notwendig, dass unmittelbar identifizierende Informationen wie der Name oder ein Bild des Gesichts vorliegen.

Diese umfassenden Nutzerprofile sind aus datenschutzrechtlicher Sicht bedenklich. Die Datensammlung ist in der Vergangenheit bereits mehrfach kritisiert worden.

Erteilt der Nutzer allerdings eine wirksame Einwilligung, ist das Erstellen der Nutzerprofile datenschutzrechtlich zulässig. Eine wirksame Einwilligung hat jedoch hohe Anforderungen, die in der Praxis regelmäßig nicht eingehalten werden. Unter anderem muss der Nutzer umfassend darüber informiert werden, wie seine personenbezogenen Daten verarbeitet werden. Zudem muss seine Einwilligung freiwillig erfolgen.

Kritisch ist zudem der häufig verwendete Ansatz, die Cookie Consent Manager (CMP) so auszugestalten, dass der Nutzer dazu verführt wird, alle Cookies zu akzeptieren, denn das Auswählen einzelner Cookies oder das Ablehnen von Cookies ist komplizierter gestaltet. Mit diesen sogenannten „Dark Patterns“ soll der Nutzer dazu verleitet werden, der Verwendung von Cookies zuzustimmen. Ob eine solche Einwilligung wirksam ist, ist gerichtlich noch nicht entschieden worden. Allerdings kommen erste Signale aus Brüssel, dass auf Ebene der Europäischen Union solche Praktiken wohl untersagt werden.

Internationaler Datentransfer

Auch wenn die umfassende Datensammlung kritisch zu sehen ist, stützt sich die aktuelle Entscheidung aus Österreich auf einen anderen Punkt: den Umstand, dass Google ein US-Unternehmen ist und in den Vereinigten Staaten sitzt. Wird Google Analytics auf einer deutschen Webseite eingesetzt, werden personenbezogene Daten in die USA übermittelt. Der Datentransfer in die USA ist aus datenschutzrechtlicher Sicht kritisch. In mehreren Gerichtsurteilen hat der Datenschutzaktivist Max Schrems erreicht, dass der Europäische Gerichtshof die Rechtsgrundlagen für den Datentransfer in die Vereinigten Staaten für unwirksam erklärt hat. Begründet hat der EuGH seine Entscheidungen u. a. damit, dass die Geheim- und Sicherheitsdienste der USA zu weitreichende Zugriffsrechte auf die Informationen von europäischen Nutzern haben. Die europäischen Nutzer können sich gegen einen solchen Zugriff zudem nicht verteidigen, da ihnen keine wirksamen Rechtsmittel zur Verfügung stehen. Wie hoch dieses Risiko ist, zeigt ein kürzlich veröffentlichtes Rechtsgutachten, das von der Datenschutzkonferenz (DSK) veröffentlicht wurde.

Damit personenbezogene Daten aus der Europäischen Union in ein Drittland übermittelt werden dürfen, müssen geeignete Garantien vorliegen, die gewährleisten, dass das EU-Schutzniveau für die personenbezogenen Daten durch die Übermittlung in ein Drittland nicht unterlaufen wird. Eine solche Übermittlung können die sogenannte Standardvertragsklauseln sein, die auch in dem vorliegenden Fall zwischen Google und dem Webseitenbetreiber vereinbart worden sind. Problematisch ist aber, dass die Behörden in den USA nicht an die Standardvertragsklauseln gebunden sind, da sie nicht Vertragspartei sind. Aus diesem Grund hat der EuGH verlangt, dass der Verantwortliche zusätzliche Maßnahmen (z. B. Verschlüsselung) ergreift, um das ausreichende Schutzniveau im Empfängerland zu gewährleisten. Solche Maßnahmen konnten der Webseitenbetreiber und Google in dem Verfahren nicht überzeugend nachweisen. Aus diesem Grund hat die österreichische Datenschutzbehörde den Einsatz für rechtswidrig erklärt.

Mit dieser Entscheidung steht die österreichische Datenschutzbehörde nicht allein da. Als Reaktion hat die niederländische Datenschutzbehörde auf ihrer Webseite ebenfalls darauf hingewiesen, dass der Einsatz von Google Analytics wohl rechtswidrig sei. Doch auch in Deutschland führen derartige Datenübermittlungen dazu, dass der Einsatz entsprechender Tools untersagt wird. So hat das VG Wiesbaden entschieden, dass der Einsatz des sogenannten „Cookiebot“ gegen das Datenschutzrecht verstößt, weil bei der Verwendung des Cookiebots die IP-Adressen auf Server in den USA übermittelt werden.

Neue Gesetze

Der rechtskonforme Einsatz von Tracking Tools wird aber auch aus anderen Gründen immer schwerer. Zum 1. Dezember 2021 ist das TTDSG in Kraft getreten. Das Gesetz sieht vor, dass Cookies und vergleichbare Technologien nur eingesetzt werden dürfen, wenn der Betroffene zuvor eingewilligt hat. Eine Ausnahme von dem Einwilligungserfordernis gilt nur, wenn die Cookies technisch zwingend erforderlich sind. Diese Ausnahme ist eng zu verstehen und erfasst wohl nur Cookies, die etwa verwendet werden, um einen Einkaufskorb vorzusehen oder die Spracheinstellungen zu speichern. Tracking und Analyse-Cookies fallen in jedem Fall nicht darunter. Allerdings ist vieles an der Regelung noch unklar. Zudem könnte die Regelung bald obsolet werden, wenn die E-Privacy-Verordnung der EU erlassen wird. Ursprünglich sollte dies gemeinsam mit der DSGVO erfolgen. Doch auch weitere Gesetzesinitiativen zielen darauf ab, den Einsatz derartiger Tools zu unterbinden oder jedenfalls einzuschränken.

Hierzu zählt insbesondere der Digital Services Act, mit dem die EU die großen Tech-Giganten, insbesondere aus den USA, zähmen will. Doch auch außerhalb der EU werden Gesetzesinitiativen gestartet, die gezielte Werbung verbieten oder zumindest einschränken wollen. In den USA haben die Demokraten den „Banning Surveillance Advertising Act“ vorgestellt und in die Debatte eingebracht, der in die gleiche Richtung zielt.

Reaktionen von Google

Google reagiert auf den Gegenwind, der aus Europa kommt, erstaunlicherweise nicht (nur) mit Gerichtsverfahren, sondern auch mit dem Beschluss, Cookies einzuschränken. Google plant, zukünftig nicht mehr auf Drittanbieter-Cookies zuzugreifen. Der Chrome-Browser von Google soll derartige Cookies blockieren. Da es sich bei dem Browser um den aktuell meistverwendeten Browser handelt, hätte diese Entscheidung weitreichende Folgen. Deshalb wehrt sich die Medien- und Werbebranche auch gegen dieses Vorhaben, fürchtet sie doch Einnahmeausfälle. Google versucht zudem, durch neue Technologien eine Art datenschutzfreundlichere Individualisierung im Internet zu erreichen, um Werbung zielgenau zu platzieren. Nachdem Google das Ende von Google FloCs verkündet hat, setzt Google nun auf „Topics“. Dabei handelt es sich um semantisches Targeting. Google ermittelt die Interessen dabei anhand von vorgegebenen Kategorien und dem Kontext einer Webseite. Damit steht Werbung für Angler zukünftig auf Webseiten, die sich mit dem Angeln befassen.

Gastautor: Christian Kuss, Rechtsanwalt, Partner, IP/IT, Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH

RONCALLI ROLLT WIEDER

Nachhaltigkeit und Digitalisierung sind die großen Themen hinter den Zirkus-Kulissen

Foto: Circus-Theater Roncalli

Roncalli fährt Bahn – angetrieben von Ökostrom

Besonders die Eventbranche hat gelitten während der Coronapandemie. Auch Bernhard Paul, Chef des Circus-Theaters Roncalli, traf es wirtschaftlich hart. Sein Circus hatte im Frühjahr 2020 das Zelt bereits aufgeschlagen, die Generalprobe mit neuem Programm verlief reibungslos. Dann kam die Absage der Premiere durch die damaligen Corona-Bestimmungen. Jetzt – zwei Jahre später – ist Roncalli seit 10. März wieder auf Tour und gastiert vom 7. April bis 22. Mai 2022 auf dem Kölner Neumarkt. Wofür der Unternehmer Bernhard Paul die Zwangspause genutzt hat, erzählt der 74-Jährige im Interview.

DIE WIRTSCHAFT: Als der erste Schrecken im März 2020 verdaut war, was stand für Sie als Unternehmer im Fokus?

Bernhard Paul: Ich habe an meine Mitarbeiter gedacht, denn ich wusste sofort: Wir werden jetzt erst mal kein Geld verdienen. Kurzarbeit und Wirtschaftsförderung haben uns gerettet, sonst wäre der Circus untergegangen. Für diese Unterstützung bin ich sehr dankbar.

DIE WIRTSCHAFT: Sie mussten also niemanden entlassen?

Bernhard Paul: Diese Frage stellt sich nicht in einem Zirkus. Die Mitarbeiter und Künstler leben für die Manege. Die wollen gar nicht woandershin.

DIE WIRTSCHAFT: Was kam dann?

Bernhard Paul: Wir haben die vergangenen zwei Jahre genutzt, um das Circus-Theater Roncalli hinter den Kulissen zu perfektionieren.

DIE WIRTSCHAFT: Wo haben Sie an den Stellschrauben gedreht?

Bernhard Paul: Wir haben zum Beispiel neue Klimaanlagen und Heizungen angeschafft. So können die Aerosole aus der Luft gefiltert und über eine Kuppel aus dem Zelt geleitet werden. In puncto Sicherheit bezüglich Corona sind wir schneller vorangekommen als viele andere. Bei uns im Circus braucht kein Besucher Angst zu haben. Die Ansteckungsgefahr ist durch die neue Lüftungstechnik auf ein Minimum reduziert.

DIE WIRTSCHAFT: Wofür haben Sie den zweijährigen Winterschlaf sonst noch genutzt?

Bernhard Paul: Wir haben das gesamte Roncalli-Archiv aufgeräumt und angefangen zu digitalisieren. Wie Sie sicher wissen, beherberge ich die größte Circus- und Varietésammlung Europas mit historischen Kaufmannsläden, Schaustellergeschäften und Kutschen, Verkaufswagen, einem riesigen Fundus an Kostümen und Plakaten. Da sind wahre Schätze wieder zum Vorschein gekommen, die auch bald der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollen.

DIE WIRTSCHAFT: Inwiefern?

Bernhard Paul: Ich habe zwei große Verträge unterschrieben. Es geht um ein Buch zum 50-jährigen Bestehen des Circus-Theaters Roncalli, denn wir feiern in 2025 wieder einen runden Geburtstag. Beim zweiten Vertrag geht es um die Filmrechte für eine Dokumentation über das anstehende große Jubiläum.

DIE WIRTSCHAFT: Inwiefern hat die Coronapandemie Ihre Nachhaltigkeitsstrategie beeinflusst?

Bernhard Paul: Nachhaltig zu denken und zu wirtschaften ist von Beginn an Teil unserer Philosophie gewesen. Das ging schon los, als ich selbst noch ein Kind war und in den Zirkus ging. Ich habe nichts weggeworfen, weder Programmhefte noch Bonbonpapiere oder Eintrittskarten. Aus dieser Sammelleidenschaft ist – statt Müll zu produzieren – ein riesiges Zirkus-Archiv entstanden. Als wir in der Coronapause aufgeräumt haben, war ich selbst erstaunt, was ich alles noch besitze.

DIE WIRTSCHAFT: Roncalli ist der erste Zirkus ohne Plastik. Wie kam es dazu?

Bernhard Paul: Auch ein Kindheitserlebnis. Als kleiner Bub habe ich schon Plastik gehasst. Später als Vater konnte ich die Legosteine meiner Kinder kaum ertragen, nicht nur, weil das Drauftreten ganz schön wehtat. Ich habe es mit Holz-Spielzeug versucht, aber mit wenig Erfolg.

DIE WIRTSCHAFT: Ist die plastikfreie Einstellung denn wirtschaftlich?

Bernhard Paul: Nachhaltig zu wirtschaften hat mich schon viel Geld und Nerven gekostet. Denken Sie allein an die ganzen Glasflaschen, die nach jeder Vorstellung eingesammelt werden müssen. Dafür brauchen Sie eine Menge Personal. Aber es ist wichtig, nachhaltig zu arbeiten.

DIE WIRTSCHAFT: Sie haben auch als erster Zirkus die Tiere aus der Manege verbannt. Hat sich das gelohnt?

Bernhard Paul: Wir haben bei Roncalli nie viele Tiere gehabt, aber sie ganz aus dem Programm zu nehmen, war ein Riesenwagnis, denn damals war der Zirkus eng mit Tieren verbunden. Ich brauchte also Ersatz. Eine New Yorker Show hat mich ins-

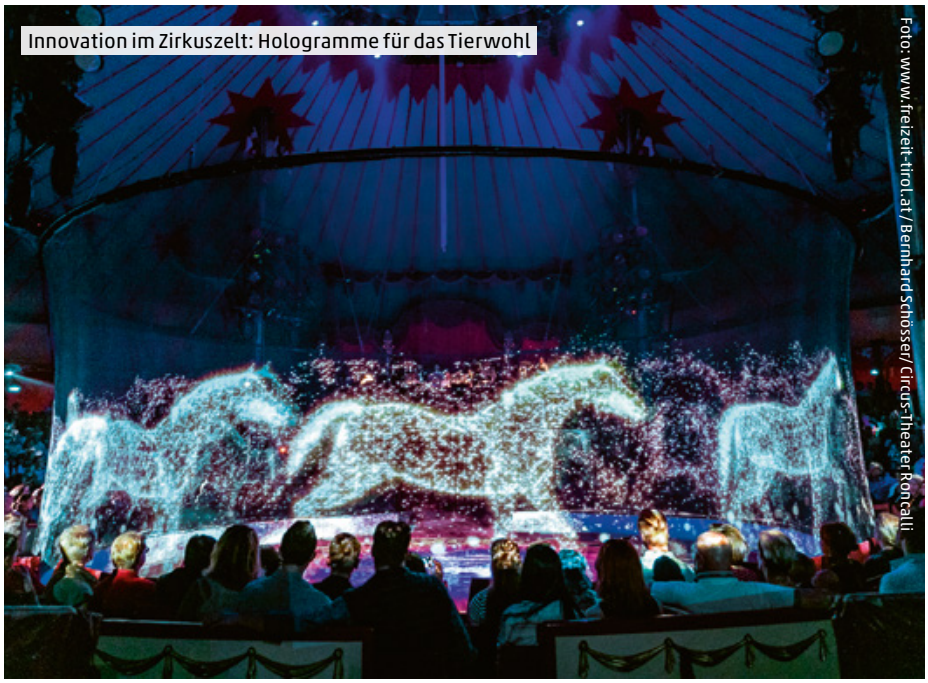

Innovation im Zirkuszelt: Hologramme für das Tierwohl

Foto: www.freizeit-tirol.at / Bernhard Schösser / Circus-Theater Roncalli

piriert, mit Hologrammen zu experimentieren. Seitdem laufen wieder Elefanten und Pferde durch die Manege und ab und zu schwimmt auch ein Goldfisch vorbei. Die Abkehr von echten Tieren war weltweit eine Sensation in der Zirkuslandschaft. In China können Schüler die Geschichte sogar in einem Schulbuch lesen. Nur in Deutschland war das Echo verhalten. Umwelt- und Tierschützer haben uns mit Dankesbriefen überschüttet. Aber die Presse hat uns erst mal links liegen lassen. Erst viel später wurden wir für die Tier-Hologramme mit dem ersten deutschen Nachhaltigkeitspreis Design ausgezeichnet. Das Publikum war von Anfang an begeistert. Die Zeiten ändern sich, das muss man als Unternehmer immer im Auge behalten. Und das ist hier gelungen.

DIE WIRTSCHAFT: Apropos Tiere: Wie tierfrei ist das Gastronomie-Angebot?

Bernhard Paul: Wir bieten mittlerweile auch vegane Burger an. Die klassische Bratwurst wird es trotzdem weiter bei Roncalli geben. Dogmatisch wollen wir nicht werden.

DIE WIRTSCHAFT: Wie CO2-frei ist Roncalli?

Bernhard Paul: Wir vermeiden CO2, wo es geht. So steuern wir mit dem Circus pro Jahr nur fünf Orte an und nicht 50, wie viele andere. Unser Equipment transportieren wir nicht mit Sattelschleppern, sondern seit über 40 Jahren rollen unsere 100-jährigen Zirkuswagen über die Schiene, angetrieben von Ökostrom. Und das, obwohl uns vonseiten der Bahn immer wieder Steine in den Weg gelegt werden.

DIE WIRTSCHAFT: Was meinen Sie?

Bernhard Paul: Die Bahn hat bereits vielerorts Verladebahnhöfe stillgelegt. Jetzt müssen wir in Vororten ausladen, das ist umständlich und teuer. Um hier unabhängig zu werden, sind wir dabei, eine eigene Verladerampe auf Rädern zu konstruieren.

DIE WIRTSCHAFT: Ab wann wird Roncalli klimaneutral wirtschaften?

Bernhard Paul: Klimaneutralität ist ein großes Wort. Wir vermeiden Plastik, fahren Bahn, filtern die Luft, aber es braucht auch Energie, um zum Beispiel die neue Klimaanlage zu betreiben, damit sich die Menschen bei uns sicher fühlen. Als Wirtschaftsunternehmen müssen wir Prioritäten setzen. Dennoch ist Nachhaltigkeit ein wichtiger Bestandteil unserer Unternehmenswerte.

DIE WIRTSCHAFT: Wo haben Sie sich in der Coronapause in puncto Nachhaltigkeit verbessern können?

Bernhard Paul: Wir sind auf dem Weg zum papierfreien Büro. Die Digitalisierung wird bei uns in großen Schritten vorangetrieben. Auch hier müssen wir neue Wege gehen und uns der Entwicklung anpassen. Unser kompletter Online-Auftritt inklusive Social Media wird einen Relaunch erfahren. Natürlich wird es weiterhin unsere Circus-Plakatierung geben, aber wir fahren parallel eine hochmoderne Digitalstrategie, die wir dieses Jahr umsetzen.

DIE WIRTSCHAFT: Ganz schön viel los bei Roncalli. Wie ich Sie kenne, haben Sie schon wieder neue Ideen. Was treibt Sie gerade um?

Bernhard Paul: Erst mal natürlich das neue Programm und die laufende Tournee. Wir haben fantastische Künstler in der Manege, die darauf brennen, endlich wieder aufzutreten. Aber Sie haben recht. Neben dem 50-jährigen Jubiläum mit Buch und Film arbeiten wir parallel an einer Modelinie Roncalli. Damit wollen wir unter anderem auf die Laufstege in New York.

DIE WIRTSCHAFT: Also Haute Couture à la Roncalli?

Bernhard Paul: Nein, das passt nicht zu uns. Wir denken an schöne und massentaugliche Mode mit Zirkuselementen. Fair Trade soll die Kollektion aber schon sein, da bleiben wir unserer Gesinnung treu.

DIE WIRTSCHAFT: Letzte Frage: Vom 7. April bis 22. Mai 2022 gastiert Roncalli in Köln: Werden Sie wieder in Ihr Clownskostüm schlüpfen?

Bernhard Paul: Köln ist immer für eine Überraschung gut. Ich möchte an dieser Stelle nicht zu viel versprechen, also formuliere ich es so: Es kann durchaus sein, dass es in Köln zusätzlich zum neuen Programm hier und da besondere Goodies gibt.

Astrid Waligura

Foto: Circus-Theater Roncalli

Über Bernhard Paul

Bernhard Paul gründete das Circus-Theater Roncalli 1975. Mittlerweile hat das Familienunternehmen über 200 Mitarbeiter. Während seiner Laufbahn hat er viele Bücher geschrieben und Ehrungen erhalten, darunter das Bundesverdienstkreuz. Der Circusfan ist verheiratet und hat drei Kinder. Am 20. Mai 2022 wird er 75 Jahre alt.

Foto: Koelnmesse GmbH

Foto: Koelnmesse GmbH

THREE STEPS TO IMM COLOGNE

Wie sich eine Messe in der Zukunft entwickelt

Die Messebranche steht nach mehr als zwei Jahren Pandemie vor enormen Herausforderungen. Diese bergen aber auch enorme Chancen. Die Chance besteht darin, dass Messen durch eine neue Ausrichtung eine noch größere Bedeutung bekommen können.

Anhand der imm cologne könnte man das an zwei Punkten festmachen: Die Pandemie hat zu gesamtgesellschaftlichen Veränderungen geführt, die sich in einem mittel- und langfristig veränderten Kauf- und Nutzungsverhalten niederschlagen. Viele Branchen befinden sich in einem multidimensionalen Change und müssen ihren individuellen Weg für das NEW NORMAL finden. Dabei ist die bestimmende Kernfrage: Wie begegnen Messen den veränderten Kundenbedürfnissen, den sich ändernden Orderzyklen und am Ende den veränderten Businessmodellen von Circular Economy und dem stärker werdenden Onlinehandel? Hier werden Messen Lösungen finden müssen, bei denen das Produkt wieder im Vordergrund stehen wird.

Klimaschutz und nachhaltiges Handeln als strategische Ziele

Beim zweiten Aspekt stehen die Themen im Vordergrund, denn Messen wie eine imm cologne sind die ideale Plattform, auf der Zukunft entsteht. Viele der zentralen Fragestellungen, die alle betreffen, können und werden hier im Wettbewerb der Ideen und Innovationen neue Lösungen finden. In der Zukunft wird für eine Messe entscheidend sein, die Wirtschaftsförderung mit der gesellschaftlichen Verantwortung in Balance zu bringen. Klimaschutz und nachhaltiges Handeln, zum Beispiel, sind bei der imm cologne und der ganzen Koelnmesse als zentrale strategische Ziele mit globaler Bedeutung verankert. Nur so können Events wie auch die imm cologne glaubwürdig inszeniert werden. Die imm cologne entwickelt sich also immer mehr von einer Produktmesse hin zu einer Themenplattform, also von Trade Fair zu Trendfair.

Das heißt, ein Branchentreff wie die imm cologne muss mehr bieten als eine reine Leistungsschau. Einer Messe sollte in der Zukunft neben der stärkeren Akzentuierung der Themen eine Art Community- und

Koelnmesse GmbH, Harald Fleissner

Foto: Koelnmesse GmbH, Harald Fleissner

Foto: Koelnmesse GmbH, Harald Fleissner

Foto: Koelnmesse GmbH, imm cologne, Harald Fleissner

Foto: Koelnmesse GmbH, imm cologne, Harald Fleissner

Foto: Koelnmesse GmbH, imm cologne, Christin Meyer

Clubgedanke zugrunde liegen, wo man sich untereinander ständig austauscht und wo es in Podcasts oder sozialen Medien immer wieder Impulse in der Vorbereitung zur Messe gibt. Vieles ist so schon online im Vorfeld geregelt worden, die Messe ist dann eigentlich nur das Zusammenkommen.

Das gibt es bereits in verschiedenen anderen Branchen, wo diese integrativen Elemente, online und analog, schon zusammengebracht worden sind. Das heißt, vieles wird im Vorfeld über die jeweiligen Businessplattformen online abgewickelt, vor Ort stehen dann die emotionalen und inspirierenden Momente im Mittelpunkt – oder besser gesagt das, worauf es eigentlich ankommt und worin Menschen besonders stark sind: der persönliche Kontakt!

In intensiven Dialog mit Ausstellern und Besuchern treten

Auf diesem Weg zum Thought Leader für Interior Design & Architektur ist eine effiziente digitale Strategie von zentraler Bedeutung. Hierfür hat die imm cologne den Contenthub „The Magazine by imm cologne“ entwickelt, um die weltweiten User noch besser mit – auf ihre Bedürfnisse zugeschnittenem – hochwertigem Einrichtungscontent und Trend-Reports zu versorgen und das Ganze dann durch gezielte Liveaktionen zu ergänzen. Besonders solche Content Hubs ermöglichen es der imm cologne, in einen intensiven Dialog mit dem Aussteller und Besuchern zu treten und die beiden Seiten zu verbinden, und das auch jenseits des Hallenparketts, 365 Tage im Jahr.

Hin zu einem energiegeladenen Revival der imm cologne 2023 baut die Koelnmesse im Bereich Interior auch den Trade-Fair-Gedanken deutlich aus, indem sie exklusiv für 2022 drei eigene attraktive Beteiligungsformen entwickelt hat. Mit der Sleep Cologne im Mai, der Home meets spoga+gafa im Juni und der Pure meets ORGATEC im Oktober schafft die Koelnmesse drei Pop-up-Formate, die auf dem Weg hin zur imm cologne 2023 für die Aussteller viele Business Opportunities bietet. Indem sich zur imm cologne Menschen, Ideen und Wege zum Erfolg vernetzen, schafft die Messe einen wichtigen Schritt in eine erfolgreiche Zukunft. Man kann sich freuen auf den Januar 2023.

Foto: Koelnmesse GmbH

DYSPLASIE – WAS TUN BEI ZELLVERÄNDERUNGEN?

Bedeutung und Vorgehen bei auffälligen Befunden in der Krebsfrüherkennungsuntersuchung

Foto: svetazi - stock.adobe.com

Bei der Dysplasie handelt es sich um nicht bösartige Zellveränderungen, die jedoch beobachtet werden sollten

Für die meisten Frauen ist es eine jährliche Routine, für die Früherkennungsuntersuchungen der Brust und des Gebärmutterhalses bei ihrer Frauenärztin oder bei ihrem Frauenarzt vorstellig zu werden.

Der Gebärmutterhals verbindet die Gebärmutter mit der Scheide. Der Bereich zwischen der Schleimhaut des Gebärmutterhalskanals und der Schleimhaut, die die äußeren Anteile des Gebärmutterhalses überzieht, ist dabei einer der Schwerpunkte der Vorsorgeuntersuchung. Denn hier können besonders leicht Zellveränderungen entstehen.

Meist meldet sich die Praxis nach der Vorsorgeuntersuchung nicht, und man weiß, dass die Untersuchung unauffällig war. In dem Fall wird ein neuer Termin erst in einem oder drei Jahren notwendig. Rein statistisch gesehen ist bei regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen in vielen Fällen irgendwann mit einem auffälligen Testergebnis zu rechnen.

Was, wenn der Befund auffällig ist?

Ein auffälliges Testergebnis muss vielfach kein Grund zur Sorge sein. Denn es bedeutet in aller Regel nicht, dass bereits eine bösartige Erkrankung vorliegt.

Meist handelt es sich nur um einen auffälligen Abstrich und/oder einen auffälligen HPV-Test, der einer engmaschigeren Kontrolle bedarf. In einigen Fällen ist dann auch die Vorstellung in einer Spezialsprechstunde, der sogenannten Dysplaziesprechstunde, notwendig.

Was sind die häufigsten auffälligen Befunde?

Auffälliger PAP-Abstrich: Die Unterteilung der PAP-Abstriche – benannt nach dem griechischen Pathologen G. Papinacolao – erfolgt in fünf Stufen, wobei PAP I ein unauffälliger Befund ist und mit steigender Zahl eine Veränderung des Gebärmutterhalses immer wahrscheinlicher wird. PAP V bedeutet, dass tatsächlich Zellen eines bösartigen Tumors nachgewiesen wurden.

Ab welchem Befund eine genauere Untersuchung in einer Dysplasiesprechstunde notwendig wird, ist genau geregelt und hängt neben dem Abstrich häufig auch von dem HPV-Befund ab.

Auffälliger HPV-Befund: Seit 2020 ist in der Vorsorge bei Frauen ab 35 Jahren auch der Test auf humane Papillomaviren (HPV) integriert. Diese Änderung beruht auf der Erkenntnis, dass eine Infektion mit HP-Viren meist die Voraussetzung für eine Veränderung des Gebärmutterhalses ist.

Eine Infektion mit HPV ist sehr häufig, allerdings heilen die meisten Infektionen folgenlos aus. Nur selten persistiert die Infektion. Dann können hieraus Zellveränderungen entstehen. Daher ist bei Frauen über 35 Jahren eine chronische Infektion mit HP-Viren abzuklären.

Bei der Auswertung des Tests werden die harmlosen Niedrigrisiko-HPV-Typen („low-risk“) von den Hochrisiko-Typen („high-risk“) unterschieden. Dies ist wichtig, da diese High-risk-HPV-Typen in aller Regel die Voraussetzung für die Entstehung des Gebärmutterhalskrebses sind und in 93 Prozent dieser Karzinome nachweisbar sind.

Was, wenn der High-risk-HPV-Test positiv ist?

Durch die Umstellung und Erweiterung auf den HPV-Test in der Früherkennungsuntersuchung werden zunehmend positive Befunde bei den HPV-Testen gefunden. Dabei ist oft der PAP-Abstrich unauffällig.

In den meisten Fällen hat dies lediglich eine engmaschigere Kontrolle zur Folge, denn diese Infektionen bestehen häufig schon länger und heilen in vielen Fällen auch von allein aus. Je nachdem, ob auch der PAP-Abstrich einen auffälligen Befund ergeben hat, wird entschieden, wann und wie häufig die weiteren Kontrollen vorgenommen werden sollten und ob eine Vorstellung in einer Dysplasiesprechstunde notwendig ist.

Was kann man gegen eine HPV-Infektion tun?

Ein Medikament zur Behandlung einer HPV-Infektion gibt es bislang noch nicht. Allerdings kann einer Infektion durch eine Impfung vorgebeugt werden, wie sie von der Ständigen Impfkommission (STIKO) für alle Mädchen und Jungen empfohlen wird. Wenn noch keine Impfung erfolgte, kann dies in einigen Fällen nach einer Therapie (Konisation, siehe weiter unten) sinnvoll sein.

Was geschieht in der Dysplasiesprechstunde?

Wenn die Früherkennungsuntersuchung einen auffälligen Befund ergeben hat, ist nicht selten eine weitere Untersuchung in einer spezialisierten Sprechstunde, einer sogenannten Dysplasiesprechstunde, notwendig.
Dort wird ein spezialisierter Arzt eine genauere Untersuchung der auffälligen Bereiche durchführen. Die Untersuchung erfolgt mit einem Kolposkop, einem speziellen Untersuchungsgerät – ähnlich einem Mikroskop.
Nicht selten werden bei dieser Untersuchung auch Gewebeproben genommen, um genauer abschätzen zu können, was hinter dem auffälligen Untersuchungsbefund steckt. Dies ist für gewöhnlich eine schmerzarme Untersuchung. Die entnommenen Gewebeproben werden in einem spezialisierten Labor feingeweblich auf eventuelle Zellveränderungen hin untersucht.

Was ist, wenn eine Gewebeprobe einen auffälligen Befund ergibt?

Wenn zur genaueren Beurteilung des Abstriches eine Gewebeprobe genommen wurde, kann sich hierbei eine Krebsvorstufe, ein carcinoma in situ (CIN), zeigen. Dass es sich bereits um eine bösartige Erkrankung handelt, ist statistisch gesehen sehr selten.
Die Krebsvorstufe (CIN) wird ebenfalls in mehrere Stufen unterteilt: CIN I (leichte Gewebsveränderungen) bis CIN III (hochgradige Veränderungen). Der Nachweis einer CIN bedeutet jedoch in vielen Fällen noch nicht, dass unmittelbar eine Operation durchgeführt werden muss. Häufig kann eine Kontrolle ausreichend sein, da auch eine CIN von allein ausheilen kann und eine Weiterentwicklung zu einem bösartigen Befund insgesamt eher selten zu beobachten ist.
Wenn eine CIN höhergradig ist oder über einen längeren Zeitraum besteht, ist eine Behandlung notwendig. Hierbei kommen vorrangig operative Verfahren zum Einsatz.

Konisation

Bei der operativen Behandlung handelt es sich in der Regel um eine Konisation. Hierbei wird ein kegelförmiges Stück (Konus) aus dem Gebärmutterhals entfernt. Wichtig ist dabei, möglichst wenig Gewebe zu entfernen und dennoch das veränderte Gewebe vollständig zu erfassen. Die Gebärmutter bleibt hierbei erhalten. Der Eingriff dauert nur wenige Minuten und wird meist ambulant unter einer kurzen Vollnarkose oder unter örtlicher Betäubung durchgeführt. Das entnommene Gewebe wird histologisch untersucht.

Kontrollen nach der Konisation

Sofern das erkrankte Gewebe vollständig entfernt wurde, sind nach einer Konisation nach einem halben Jahr, nach einem Jahr und nach zwei Jahren Kontrollen notwendig. Die Kontrolluntersuchungen sind wichtig, weil sich auch bei einer vollständigen Entfernung eine neuerliche Dysplasie entwickeln kann. Das Risiko für eine erneute Gewebeveränderung ist höher, wenn bestimmte Typen des HP-Virus nachgewiesen wurden. Sind die Nachuntersuchungen negativ, sind die normalen Vorsorgeuntersuchungen ausreichend.

Stadien der Gebärmutter-Dysplasie

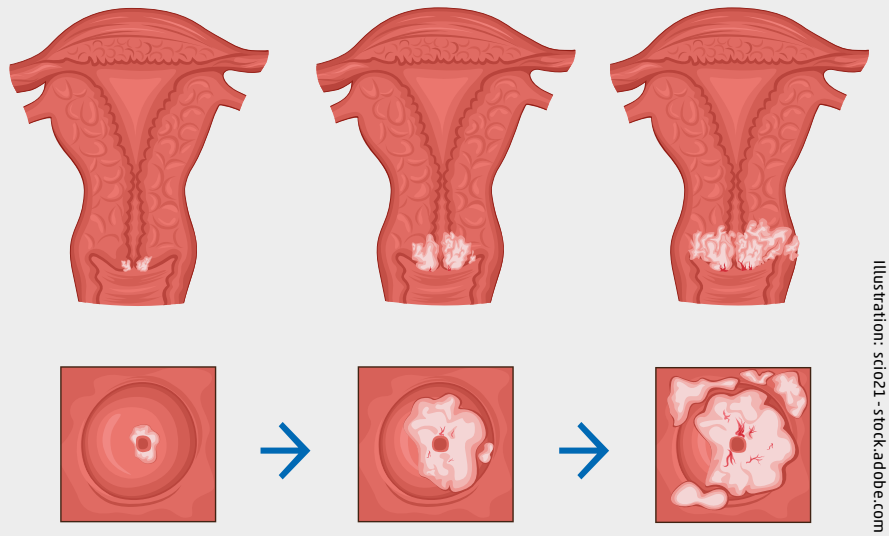


Illustration: scio21 - stock.adobe.com

Foto: Jill Flug, Fotoatelier Köln Süd

Gastautor: Dr. med. Jonas Schukraft, Facharzt für Gynäkologie, Klinik LINKS VOM RHEIN

ERNTEFRISCH VERARBEITET 100% aus Österreich

Aronia B-Komplex
Er besteht zu 86% aus Aronia Direktsaft, zu 11% aus Sauerkirschsaftkonzentrat und zu 3% aus schwarzer Johannisbeere.

- B1 Thiamin trägt zu einer normalen Herzfunktion bei.
- B2 Riboflavin trägt zur Veringerung von Müdigkeit und Ermüdung bei.
- B6 Trägt zu einer normalen Funktion des Immunsystems bei.
- B12 Trägt zu einer normalen Funktion des Nervensystems bei.

Eisen trägt zur normalen Bildung von roten Blutkörperchen und Hämoglobin bei.

AUSTRIA Bio GARANTIE® AT-BIO-301 ... zertifiziert!

ARONIALAND® DAS ORIGINAL AUS ÖSTERREICH

Bestellung:
Tel.: +49 (0) 8033 6929 190
Info: +43 699 8168 5122
office@aronialand.at

www.aronialand.at

SO, KÖLN!

CORONA

Foto: Frank Überall

Der Journalist, Autor und Vorsitzende des DJV Frank Überall hält im Hinblick auf den Herbst ein Umdenken der Stadt im Umgang mit der Pandemie für erforderlich

Covid-19 heißt dieses hinterhältige Virus, das uns nun schon seit Langem im Atem hält. Wobei, darf man in diesem Zusammenhang das sprachliche Bild mit dem Atem eigentlich noch verwenden? Wie auch immer: Die Zahl in der medizinischen Bezeichnung steht dafür, dass das Virus erstmals Ende 2019 aufgetaucht ist. Als im darauffolgenden Frühjahr die ersten Nachrichten kamen, Corona könne sich zur Pandemie ausweiten, haben wir uns alle nicht vorstellen können, was das für unser Leben und unsere (Stadt-)Gesellschaft bedeutet. Nun, wir sind umfassend eines Besseren (oder eher: viel Schlechteren) belehrt worden. Jetzt aber muss es darum gehen, aus dem Geschehenen zu lernen.

Die Kölner Stadtverwaltung hat vieles geleistet, was uns Respekt abverlangt. Innerhalb kurzer Zeit wurde in den Messehallen ein Impfzentrum aus dem Boden gestampft. Selbst die bürokratische Abwicklung hat ganz überwiegend richtig gut funktioniert. Die Krankenhäuser haben Großartiges geleistet, viele Menschen wurden gerettet. An anderen Stellen war man weniger erfolgreich. Das Gesundheitsamt litt irgendwann unter Personalmangel, die Abläufe mussten sich der Pandemie erst einmal umständlich anpassen. Und wenn es um Ge- oder Verbote ging, hat es so mittel geklappt mit ihrer Kommunikation und Durchsetzung. Wochenlang galt beispielsweise ab Ende 2021 auf einigen Straßen wieder eine Maskenpflicht. Das war zwar im städtischen Amtsblatt verkündet worden, bei den Bürgerinnen und Bürgern angekommen ist es damals aber nicht. Erst Wochen später wurden Hinweisschilder aufgehängt, Kontrollen waren nicht wirklich wahrzunehmen. Kurze Zeit später waren die meisten Schilder zerstört oder gestohlen, die fortgeltende Maskenpflicht wurde zur fortwährenden Farce.

Kein Durchwurschteln mehr

Mit dem zunehmenden sommerlichen Sonnenschein werden die Einschränkungen im öffentlichen und persönlichen Leben wieder weniger. Aber die Gefahr, dass im Herbst oder Winter eine neue Welle, eine weitere Mutation oder irgendwann sogar ein anderes Virus uns alle bedroht, ist nicht von der Hand zu weisen. So, Köln: Die Sommerpause muss im Rathaus dieses Jahr leider ausfallen. Jetzt müssen Pläne gemacht werden, die trag- und zukunftsfähig sind. Das Durchwurschteln darf mehr als zwei Jahre nach Beginn der Pandemie gerne mal ein Ende haben!

Alle relevanten Ämter werden sich daran beteiligen müssen: von den Strukturen und Prozessen im Gesundheitsamt über die Krankenhäuser bis zum Ordnungsdienst. Welche Technik wird gebraucht, um Herausforderungen modern zu bewältigen? Wo kann Personal zusätzlich eingestellt oder nachhaltiger qualifiziert werden? Wie ermutigen wir trotz enormer Arbeitsbelastung und Verantwortung Menschen, im öffentlichen Dienst weiterhin ihr Bestes zu geben und nicht in andere Wirtschaftsbereiche abzuwandern? Wann sind Verbote überhaupt nötig, und wie werden sie bekannt gemacht und notfalls auch überwacht?

Aus dem Leid der Pandemie lernen

Versuchen wir alle, aus dem Leid der Pandemie zu lernen! In manchen Bereichen hat das Umdenken längst eingesetzt. So manche fragen sich, ob Außengastronomie auf bisherigen Parkflächen eigentlich wieder verschwinden muss. Homeoffice wird als sinnvolle Ergänzung zur Arbeit in Präsenz gesehen. Zugleich haben wir aber auch erfahren, dass es wichtig ist und bleibt – beziehungsweise wieder werden muss –, zueinander zu finden, sich von Angesicht zu Angesicht zu sehen, miteinander zu sprechen. Gerade wenn es um die Zukunft unserer Stadt und ihrer Gesellschaft geht, müssen und können niederschwellig viele eingebunden werden. So, Köln! Jetzt kommt es darauf an, die Ärmel wieder hochzukrempeln und das Beste aus der Situation zu machen. Und irgendwann, wenn der ganze Corona-Wahnsinn mal vorbei ist, darf es auch wieder eine entspannte Sommerpause geben.

Gastautor: Prof. Dr. Frank Überall lebt als freier Journalist in Köln. Er berichtet unter anderem für den WDR und die ARD, lehrt an der HMKW Hochschule für Medien, Kommunikation und Wirtschaft in Köln Journalismus und Sozialwissenschaft und ist Bundesvorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbands (DJV). Als Autor politischer Sachbücher ist er Mitglied in der Schriftstellervereinigung PEN-Zentrum.

Bringen Sie Ihr Unternehmen voran: Mit der richtigen Finanzierung.

Die richtigen Investitionen zum richtigen Zeitpunkt in digitale Prozesse, nachhaltige Technologien oder neue Geschäftsfelder sichern Ihnen Wettbewerbsvorteile für die Zukunft. Jetzt Beratungstermin vereinbaren.
sparkasse-koelnbonn.de/finanzierung

Weil's um mehr als Geld geht.

Sparkasse
KölnBonn

Nachhaltigkeit beginnt beim Wohnen.

In 2021 haben wir über unsere mehr als rd. **500 Solar anlagen** insgesamt 13 Mio. Kilowattstunden **grünen Strom** erzeugt.

Klima- und Umweltschutz sind wesentliche Herausforderungen unserer Gesellschaft. Das gilt auch für die Wohnungswirtschaft. Deshalb setzen wir auf wärmegedämmte Gebäude mit modernen Heizungssystemen und auf erneuerbare Energien wie Sonne. Wir unterstützen das Carsharing und errichten Ladestationen für E-Fahrzeuge. Außerdem fördern wir die biologische Vielfalt in unseren Quartieren. **Überzeugen Sie sich selbst.**

www.vonovia.de/nachhaltigkeit

VONOVIA